

Rosenschon, Astrid

Working Paper

Finanzhilfen der Länder in den Jahren 2000 bis 2007 - eine Aktualisierung

Kiel Working Paper, No. 1394

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

Suggested Citation: Rosenschon, Astrid (2008) : Finanzhilfen der Länder in den Jahren 2000 bis 2007 - eine Aktualisierung, Kiel Working Paper, No. 1394, Kiel Institute for the World Economy (IfW), Kiel

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/4132>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kiel

Working Papers

Kiel Institute
for the World Economy



Finanzhilfen der Länder in den
Jahren 2000 bis 2007 – eine
Aktualisierung

by Astrid Rosenschon

1394 | January 2008

Web: www.ifw-kiel.de

Institut für Weltwirtschaft
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel

Kiel Working Paper No. 1394

**Finanzhilfen der Länder in den Jahren
2000 bis 2007 – eine Aktualisierung**

von

Astrid Rosenschon

Januar 2008

Für den Inhalt der Kieler Arbeitspapiere sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an die Autorinnen und Autoren zu wenden und etwaige Zitate mit ihnen abzustimmen.

Finanzhilfen der Länder in den Jahren 2000 bis 2007 – eine Aktualisierung*

Zusammenfassung:

Die Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden waren im Jahr 2007 in weiter Abgrenzung mit (geplanten) 61,3 Mrd. Euro deutlich niedriger als im Jahr 2000 (65 Mrd. Euro). Ohne Grenzfälle gerechnet ergibt sich ein analoger Verlauf auf einem zwischen 4 und 5 Mrd. Euro niedrigeren Niveau. Mit 56,9 Mrd. Euro im Jahr 2007 entsprechen die Finanzhilfen in enger Abgrenzung in etwa dem Länderanteil am Aufkommen der Lohnsteuer. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Finanzhilfen kontinuierlich um über einen halben Prozentpunkt zurückgegangen; die Finanzhilfequote ist in den neuen Ländern stärker reduziert worden als in den alten, sie ist aber noch mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Fast neun Zehntel der Ausgabesubventionen sind gezielte Sektorhilfen zugunsten von Unternehmen sowie an (halb-)staatliche Dienstleister. Verglichen mit den 61,3 Mrd. Euro bzw. 56,9 Mrd. Euro in dieser Studie wird im einundzwanzigsten Subventionsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2007 nur ein Finanzhilfenvolumen der Länder und Gemeinden in Höhe von 12,1 Mrd. Euro ausgewiesen.

Abstract:

If a wide definition of subsidies is used, the subsidies granted by the German *Länder* and their local authorities fell considerably from 65 billion euros in 2000 to (a projected) 61.3 billion euros in 2007. If a narrow definition is used, and arguable cases of subsidization are ignored, the result is similar, with both figures amounting to between 4 to 5 billion euros less. Using a narrow definition, the subsidies granted by the *Länder* in 2007 amounted to 56.9 billion euros, which roughly equals the amount they received from federal wage income tax revenues. If measured against the nominal gross domestic product (GDP), the subsidies granted by the *Länder* have decreased steadily by more than a half percentage point since 2000. The proportion of subsidies to GDP has decreased faster in the eastern *Länder* than in the western *Länder*, but is nevertheless still twice as high as in the western *Länder*. Roughly 90 percent of the subsidies are sector-specific subsidies granted to businesses and (semi-)public service businesses. Interestingly, instead of the 61.3 or 56.9 billion euros ascertained by this report, the 21st Official Subsidy Report of the German Federal Government reported that the subsidies granted by the *Länder* in 2007 amounted to only 12.1 billion euros, a substantially lower amount.

Schlagworte: Subventionen, Finanzhilfen, Subventionsbericht, Finanzpolitik

JEL-Klassifikation: H29, H71

Dr. Astrid Rosenschon

Institut für Weltwirtschaft

24100 Kiel

Telefon: +49 (431) 8814-488

Telefax: +49 (431) 8814-502

E-Mail: astrid.rosenschon@ifw-kiel.de

* Die Autorin dankt Alfred Boss für wertvolle Anregungen.

Inhalt

1	Problemstellung	1
2	Methodischer Vorspann	1
	2.1 Zum Finanzhilfebegriff in der vorliegenden Arbeit	1
	2.2 Finanzhilfen einschließlich und ausschließlich der Grenzfälle	2
	2.3 Die wichtigsten Positionen, die als Grenzfälle gewertet werden	3
	2.4 Zum Subventionsbegriff in den Subventionsberichten der Bundesregierung..	5
	2.5 Zur Subventionsberichterstattung der Länder	7
3	Bemerkungen zu den Daten	7
	3.1 Informationsquellen.....	7
	3.1.1 Informationsquellen für die auf Länderebene erfassten Finanzhilfen ...	7
	3.1.2 Ein spezifisches Problem: Keine Finanzhilfedaten für Hessen	10
	3.1.3 Informationsquellen für die auf Gemeindeebene erfassten Finanzhilfen	10
	3.2 Überprüfung durch die Länder	11
	3.3 Zur Gliederung der Finanzhilfen	12
4	Die Bestandsaufnahme	13
	4.1 Integration der Gemeindeebene für Vergleich der Länderdaten nötig.....	13
	4.2 Zur Entwicklung der Finanzhilfen der Länder und der Gemeinden in der Abgrenzung der vorliegenden Studie	15
	4.3 Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder und der Gemeinden im Subventionsbericht der Bundesregierung.....	16
	4.4 Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder in den Subventionsberichten der Länder.....	19
	4.5 Finanzhilfen nach Ländern	21
	4.5.1 Finanzhilfen je Einwohner nach Ländern	21
	4.5.2 Finanzhilfen der Länder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	25
	4.6 Finanzhilfen nach Sektoren bzw. Zwecken.....	27
	4.6.1 Dominanz der Sektorhilfen, Diskriminierung leistungsstarker Branchen	27
	4.6.2 Finanzhilfen der Ländergruppen nach Sektoren bzw. Zwecken im Jahr 2007	30
	4.6.3 Finanzhilfen der einzelnen Länder nach Sektoren bzw. Zwecken im Jahr 2007	33
	4.7 Zum Zusammenhang zwischen der regionalen Subventionsneigung und dem Wirtschaftswachstum der Länder	36
5	Abschließende Bemerkungen	39
6	Literaturverzeichnis	40
	Anhang	43

1 Problemstellung

Die trotz der günstigen Konjunktur angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist Anlass, die Subventionen zu ermitteln. Auf diese Weise lassen sich Sparpotentiale finden. Der vorliegende Beitrag widmet sich den Finanzhilfen, die auf der Ebene der einzelnen Länder und ihrer Kommunen gezahlt werden. Letztmals ist im Jahr 2005 darüber berichtet worden (Rosenschon 2005).

Der Bestandsaufnahme wird die Subventionsdefinition vorangestellt. Ferner wird erörtert, welche Finanzhilfen der Länder und Gemeinden vermutlich ausgegrenzt werden, wenn diese Staatsebenen für die amtliche Subventionsberichterstattung Daten an den Bund melden, die den Abgrenzungskriterien der Subventionsberichte der Bundesregierung entsprechen. Im Anschluss werden die Abgrenzungen in den ländereigenen Subventionsberichten skizziert. Schließlich werden Informationen zur Aufbereitung der Daten präsentiert.

Im empirischen Teil wird die Entwicklung der Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden in der hier gewählten Abgrenzung dargestellt und mit der Entwicklung der Finanzhilfen gemäß dem Subventionsbericht der Bundesregierung verglichen. Es folgt ein Vergleich der Finanzhilfen der Länder (ohne Gemeindeebene) mit den Daten, die den Subventionsberichten der Länder zu entnehmen sind. Es schließt sich ein „Länderranking“ an, wobei die regionalisierten Finanzhilfen je Einwohner und im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) miteinander verglichen werden. Dann erfolgt die Untersuchung der Finanzhilfen nach Sektoren bzw. subventionspolitischen Zielen. Der Beitrag wird abgerundet durch Überlegungen zum Zusammenhang zwischen der regionalen Subventionsneigung und der Veränderungsrate des BIP sowie durch abschließende Bemerkungen.

2 Methodischer Vorspann

2.1 Zum Finanzhilfebegriff in der vorliegenden Arbeit

Entscheidend bei der Zuordnung einer Staatsausgabe in die Kategorie „Finanzhilfe“ oder „Nichtfinanzhilfe“ ist die Antwort auf die Frage, ob sich der Staat in

Aufgaben einmischt, die originär marktwirtschaftlich sind, oder ob er klassische Staatsaufgaben wahrnimmt. Referenzsystem ist also die Lehre von den privaten und von den öffentlichen Gütern (vgl. hierzu z.B. Blankart 2006). Ein öffentliches Gut ist charakterisiert durch Nichtrivalität im Konsum und durch Nichtausschließbarkeit zahlungsunwilliger Konsumenten, ein privates Gut durch Konsumrivalität und Ausschließbarkeit über Preise. Die Nichtrivalität des Konsums ist ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium dafür, dass ein Gut nicht von Unternehmen angeboten wird; Nichtausschließbarkeit muss hinzukommen. Ein Theaterstück ist über Preise finanzierbar und kann privat angeboten werden, wengleich es innerhalb der Kapazitätsgrenze als Klubgut gemeinsam genutzt werden kann, also Eigenschaften eines öffentlichen Gutes besitzt.

Wird ein öffentliches Gut bereitgestellt, so kann nicht von einer Finanzhilfe gesprochen werden. Werden hingegen Steuern für die Versorgung mit privaten Gütern eingesetzt, die ohne weiteres privat angeboten werden könnten, so wird eine Finanzhilfe diagnostiziert. Wichtig ist, dass Finanzhilfen nicht nur dann vorliegen können, wenn Güter von Unternehmen im eigentlichen Sinne erzeugt werden, sondern auch dann, wenn sie vom Staat oder von Organisationen ohne Erwerbzweck erstellt werden. Werden Finanzhilfen wie beschrieben abgegrenzt, so bewirken sie eine Verzerrung der Produktionsstruktur.

Ist eine Staatsausgabe verteilungspolitisch motiviert, wird hier danach differenziert, ob eine kleine hilfsbedürftige Gruppe begünstigt werden soll oder breite Bevölkerungsgruppen. Im ersten Fall wird die Ausgabe nicht zu den Finanzhilfen gezählt, im zweiten wird eine Finanzhilfe diagnostiziert, weil keine sozialpolitische Maßnahme im eigentlichen Sinn vorliegt.¹

2.2 Finanzhilfen einschließlich und ausschließlich der Grenzfälle

Bei der Abgrenzung wird so verfahren, dass eine Ober- und eine Untergrenze für die Finanzhilfen ausgewiesen werden, indem Positionen, die zwischen Subvention und Nichtsubvention liegen, einmal erfasst und einmal nicht erfasst werden. Dieses pragmatische Vorgehen ist erforderlich, da in bestimmten Fällen

¹ Näheres zum Definitiven, zu Beispielen und zu Abgrenzungsproblemen findet sich in früheren Publikationen (siehe z.B. Boss und Rosenschon 2006).

die nötigen Informationen fehlen, um den Subventionscharakter einer Budgetposition exakt zu ermitteln. Im Folgenden werden die wichtigsten Grenzfälle angeführt.

2.3 Die wichtigsten Positionen, die als Grenzfälle gewertet werden

Beispiele für Grenzfälle sind Ausgaben für Denkmalpflege, die man nicht nur unter dem Aspekt der Pflege des kulturellen Erbes und der Umwegrentabilität sehen darf, sondern auch unter dem Aspekt der Subventionierung der Bauwirtschaft. Mittel zur Förderung der Dorferneuerung fließen nicht nur in die Infrastruktur, wie dies beim Bau einer Straße der Fall ist, sondern sie können allokativerzerrnd verwendet werden, etwa für den Ausbau von Kapazitäten für Urlaub auf dem Bauernhof. Die Finanzierung von Landwirtschaftsämtern dient nicht nur der Agrarverwaltung und der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben wie etwa auf dem Gebiet landwirtschaftlicher Grundlagenforschung, sondern auch dem Unterhalt beispielsweise von Landesgestüten oder Weingütern; Pferdezucht und Weinanbau sind aber keine klassisch öffentlichen Aufgaben.

Zuweisungen für Schlösser, Gärten und Burgen beinhalten dann Subventionselemente, wenn sie an Pächter von Restaurationsbetrieben fließen. Ferner ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen der Kategorie der Grenzfälle zugeordnet worden. Gleiches gilt für die institutionelle Förderung im Bereich Jugendpolitik. Zwar mag sie dazu führen, dass Institutionen entstehen, die es sonst nicht gäbe. Aber es ist nicht sicher, ob dies mit Mehrkosten verbunden ist oder aber mit Kosteneinsparungen, weil Jugendkriminalität unterdrückt wird. Die Ausgaben für die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen kann man nicht in voller Höhe als Finanzhilfe rechnen, da ihnen Einnahmen in der Zukunft gegenüberstehen. Da diesbezüglich Informationslücken bestehen, wird der Ausgabebetitel zu den Grenzfällen gerechnet.

Den Mitteln zugunsten des Staatswaldes kann ebenfalls nur bedingt Subventionseigenschaft zugebilligt werden. Denn zur Rechtfertigung der Zuschüsse können ausgeprägte positive Externalitäten herangezogen werden. In § 1 des Bundeswaldgesetzes steht: „Zweck dieses Gesetzes ist insbesondere, den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des

Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern“ (Bundeswaldgesetz). Ferner trägt der Wald wesentlich zum Biotop- und Artenschutz bei. Der Wald darf also nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Holzverwertung und der betrieblichen Rentabilität gesehen werden. Gleichwohl kann es sein, dass ein Teil der Zuschüsse nicht ein Ausgleich für externe Vorteile ist, sondern Unwirtschaftlichkeit alimentiert. Deshalb kann man das Defizit im Funktionsbereich Staatsforsten, das in vielen Haushalten zu beobachten ist, bei der Subventionserfassung nicht gänzlich unberücksichtigt lassen.

Zu den Positionen mit nur partiellem Subventionsgehalt werden auch die Netto-Zuweisungen für Häfen gezählt, was vor allem den Stadtstaat Hamburg betrifft. Einerseits ist es so, dass durch Steuerfinanzierung überhöhte Kosten alimentiert werden. Andererseits ist fraglich, ob eine Infrastrukturinvestition vorliegt oder nicht. Deshalb wird in dem einen Fall eine Finanzhilfe ausgewiesen, in dem anderen nicht.

Zahlungen an Hochschulkliniken haben keinen Subventionscharakter, soweit es um die Finanzierung der Forschung und Lehre geht. Sie haben insoweit Subventionscharakter, als Patienten statt über Beitrags- über Steuerfinanzierung behandelt und betreut werden. Hier muss man den Anteil der Ausgaben mit Subventionscharakter ermitteln. Eine Hilfe für die Behandlung der Daten anderer Länder bietet dabei der Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für 1998 und 1999, in dem das anteilige Defizit im Haushalt des Universitätsklinikums für beide Zwecke aufgeschlüsselt war. Seither ist für die einzelnen Länder vom gesamten Zuschuss ein Subventionsanteil von einem Fünftel in Rechnung gestellt worden, denn es sprechen keine Gründe für eine Änderung des Satzes. Daneben werden über die Haushaltskapitel „Hochbau“ Investitionsausgaben für die Universitätskliniken getätigt. Hier gibt es aber keine empirischen Anhaltspunkte für die Aufteilung auf Forschung und Lehre einerseits und Krankenhaus- oder Patientenförderung andererseits. Daher wurde hier nach der Regel verfahren, dass das in den Haushalten für Investitionen der Krankenhäuser angegebene Finanzvolumen einmal zu zählen ist und einmal nicht.

2.4 Zum Subventionsbegriff in den Subventionsberichten der Bundesregierung

Die Bundesregierung veröffentlicht auf der Grundlage von § 12 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) alle zwei Jahre einen Subventionsbericht, der detailliert über die Finanzhilfen des Bundes und über die Steuervergünstigungen informiert. Darin findet sich auch eine Übersicht über das Gesamtvolumen der Subventionen von Bund, Ländern, Gemeinden, ERP und EU (BMF 2007: 22). Die Länder liefern dem Bund aus ihren Haushaltsplänen und -rechnungen Finanzhilfedaten nach Maßgabe der für den Bericht typischen Subventionsabgrenzung. Der Betrag für die Gemeinden wird vom Bund auf der Basis der Finanzhilfeentwicklung der Länder geschätzt (ebenda: 27).

Institutionelle Kriterien sind für den Subventionsbegriff der Bundesregierung wesentlich. So wird darauf verwiesen, dass als Subventionsempfänger nur „Stellen außerhalb der Bundesverwaltung“ infrage kommen (ebenda: 136). Auf Länder und Gemeinden übertragen bedeutet das, dass nur Stellen außerhalb der Länder- und der Kommunalverwaltung Finanzhilfeempfänger sein können. Die Budgetdefizite staatlicher Bruttobetriebe, die vor allem auf Gemeindeebene bedeutsam sind, werden somit nicht als Finanzhilfen erfasst. Ferner konzentriert sich der Subventionsbericht „auf Hilfen für private Unternehmen und Wirtschaftszweige, wobei zwischen Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen unterschieden wird“ (ebenda: 112f.). Die geförderten Leistungsanbieter im (halb-)staatlichen Sektor sind also nicht in den Kreis der Subventionsempfänger einbezogen.

Zu den Finanzhilfen, die die Länder nicht an den Bund melden und die in den (geschätzten) Gemeindedaten nicht enthalten sind, zählen vor allem die zur Förderung von Krankenhäusern, Kulturanbietern (wie Opern und Orchester, Theater und Museen), Kirchen, Sporteinrichtungen, Landwirtschaftskammern, staatlichen Mustergütern sowie Gestüten, aber auch Lohnsubventionen und Ausbildungszuschüsse sowie Zuschüsse an Verkehrsbetriebe und an Unternehmen der Müllabfuhr und der Strom-, Gas- und Wasserversorgung, soweit diese Betriebseinheiten in die öffentliche Verwaltung integriert sind.

Im Übrigen enthält der Subventionsbericht der Bundesregierung zwei Argumentationen, die dabei helfen, unvollständige Subventionslisten präsentieren zu können. So werden erstens jene Bundeshilfen nicht dokumentiert, über die die Bundesregierung in anderen Berichten informiert, nämlich „im Sozialbericht, im Umweltbericht, im Wohngeld- und Mietenbericht, im Forschungsbericht, im Ernährungs- und agrarpolitischen Bericht, im Berufsbildungsbericht, im Raumordnungsbericht, im Bericht zur Entwicklungspolitik und im Bundesverkehrswegeplan“ (BMF 2003: 136). Zweitens wird im Subventionsbericht manche Subvention als Infrastrukturmaßnahme gewertet und somit ausgegrenzt, obwohl sie in anderen Veröffentlichungen als Subvention angesehen wird (ebenda: 137).

Nirgendwo im Subventionsbericht wird angesprochen, was aus beiden Argumentationshilfen für die Ausgrenzung von Bundessubventionen für die Erfassung der Länder- und Gemeindefinanzhilfen folgt. Man kann mutmaßen, dass zudem Erfassungslücken bei forschungs-, umwelt- und bildungspolitisch motivierten Zahlungen an Unternehmen bestehen und dass über die Agrarsubventionen nicht umfassend berichtet wird. Vermutlich fehlen bei den Finanzhilfen zugunsten des öffentlichen Verkehrs jene, die investiven Charakter haben, mit dem Argument, der Staat komme lediglich seinen infrastrukturellen Aufgaben nach.

Während der Subventionsbericht der Bundesregierung in vieler Hinsicht auf engen und problematischen Abgrenzungen beruht, ist das Finanzhilfenvolumen im Subventionsbericht der Bundesregierung durch das Einbeziehen der Darlehen aufgebläht. In der vorliegenden Arbeit werden die Darlehen nicht einbezogen. Dies schlägt sich vor allem in unterschiedlich hohen Finanzhilfen zugunsten der Bauwirtschaft nieder. Ferner werden im amtlichen Subventionsbericht Zahlungen des Bundes an die Länder für gemeinsame Bund-Länder-Programme (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur, Mittel für sozialen Wohnungsbau) beim Bund verbucht, allerdings nur jener Teil, der nicht in die kommunale Infrastruktur fließt, sondern in Unternehmen. In der vorliegenden Arbeit werden diese Bundesmittel auf der sie auszahlenden Länderebene erfasst. Um die Finanzhilfeszahlen der Bundesregierung für die Länder mit den hier präsentierten Länderzahlen (ohne Gemeindeebene) vergleichbar zu machen, muss der Ansatz im Subventionsbericht um den Subventionsanteil des Bundes erhöht werden.

2.5 Zur Subventionsberichterstattung der Länder

Mit Ausnahme von Brandenburg und Sachsen erstellen die Länder eigene Subventionsberichte. Diese nennen sich in Baden-Württemberg, in Bayern, in Hessen, in Mecklenburg-Vorpommern, in Niedersachsen, im Saarland, in Sachsen-Anhalt, in Schleswig-Holstein und in Thüringen „Subventionsberichte“, in Berlin und in Rheinland-Pfalz „Finanzhilfeberichte“, in Bremen „Zuwendungsberichte“ und in Nordrhein-Westfalen „Förderberichte“. In Hamburg wird im Rahmen der zum jeweiligen Haushaltsplan gehörenden Finanzberichte über die Zuwendungen informiert.

Die Subventionsberichte der Länder verwenden keine einheitlichen Abgrenzungskriterien. Die Länder können den Subventionsbegriff frei bestimmen. „Einige Länder haben aber ihre Definition an die des Bundes nach § 12 StWG angelehnt“ (BMF 2007: 108). Für alle Länder, deren Subventionsberichte per Internet lesbar sind, ist typisch, dass sie bei den Gemeinschaftsausgaben Investitionszuschüsse für die kommunale Infrastruktur in die Finanzhilfen einbeziehen, während diese in den Subventionsdateien der hier veröffentlichten Daten fehlen. Dies zeigt, dass bei der Abgrenzung der Länder Liquiditätsaspekte vorrangig vor Allokationsaspekten sind, während in dieser Arbeit letztere dominant sind. Auch sind Darlehensbeträge in den Länderberichten nicht eliminiert.

3 Bemerkungen zu den Daten

3.1 Informationsquellen

3.1.1 Informationsquellen für die auf Länderebene erfassten Finanzhilfen

Als Datenquellen werden die Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder herangezogen, die den Zeitraum 2000–2007 (oder 2000–2008) abdecken. Für die Jahre 2000–2005 werden Ist-Werte veranschlagt, für die Jahre 2006 und 2007 Planzahlen. Für die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Sachsen liegen Planzahlen für das Jahr 2008 vor.

Aus den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder werden sowohl die Finanzhilfen erfasst, die die Länder an die Subventionsempfänger auszahlen (und die teils Bundes- und EU-Anteile enthalten), als auch Zuweisungen der Länder an die Gemeinden, die auf kommunaler Ebene subventionswirksam werden. Dabei können nur jene Zuweisungen der Länder berücksichtigt werden, deren subventionspolitische Zielsetzung explizit erkennbar ist. Dies ist z.B. bei Zahlungen an kommunale Theater, Orchester oder Verkehrsträger der Fall, nicht aber bei jenen Anteilen an den Schlüsselzuweisungen, deren Verwendung die Allokation verzerrt. Auf kommunaler Ebene müssen dann, wie noch erläutert wird, zusätzlich die aus eigenen Mitteln, z.B. eigenen Steuerquellen, finanzierten Anteile der Finanzhilfen einbezogen werden.

Identifizierbar sind die relevanten Finanzhilfedaten aus den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder entweder anhand eines Rasters ausgewählter Gruppierungsnummern oder anhand von Defiziten ganzer Haushaltskapitel, sofern die Gesamtaktivität als von Privaten realisierbar erscheint. Gruppierungsnummern sind ein Codesystem im Rahmen der staatlichen Haushaltssystematik, das einzelne Ausgabe- sowie Einnahmearten kennzeichnet.

Im Zentrum des Finanzhilferasters stehen folgende Gruppierungsnummern: 661 (Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen), 662 (Schuldendiensthilfen an private Unternehmen), 682 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen), 683 (Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen), 891 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen), 892 (Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen). Auch Positionen mit den Nummern 697 (Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse) und 87 (Inanspruchnahme aus Gewährleistungen) fallen in die Kategorie der Finanzhilfen an Unternehmen, sind aber weniger bedeutsam.

Nicht alle Zuweisungen mit den genannten Nummern sind jedoch Finanzhilfen in der gewählten Subventionsabgrenzung. Werden Zahlungen an ausgelagerte Behördeneinheiten geleistet, damit diese öffentliche Güter bereitstellen, liegt keine Finanzhilfe vor. Dies ist etwa bei der Finanzierung einer Agentur der Fall, die im Auftrag der öffentlichen Hand Standortwerbung betreibt, aus der die Region insgesamt profitiert.

Da Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte in den Kreis der potentiellen Finanzhilfeempfänger einbezogen sind, müssen Positionen mit fol-

genden Gruppierungsnummern auf ihre Subventionsqualität hin überprüft werden: 663 (Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland), 681 (Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen), 684 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen), 685 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen), 686 (Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland), 893 (Zuschüsse für Investitionen für Sonstige im Inland) und 894 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen).

Ferner müssen Zahlungen der Länder an die Gemeinden für die Vergabe von Finanzhilfen erfasst werden. Dies erfordert eine Überprüfung der Haushaltstitel mit den Gruppierungsnummern 623 (Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände), 633 (sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) und 883 (Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden).

Mitunter werden Ausgaben für staatsinterne Baumaßnahmen mit der Gruppierungsnummer 7 als Finanzhilfen berücksichtigt. Dies ist bei der Auswertung des Haushaltskapitels staatlicher Hochbaumaßnahmen dann der Fall, wenn in staatsinterne Betriebseinheiten investiert wird, die zumindest aus dem Haushalt auslagerbar, wenn nicht gar privatisierungsfähig sind. Beispiele sind bauliche Maßnahmen an Staatstheatern.

Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitalaufstockungen (Gruppierungsnummer 83) werden in der Regel nicht als Finanzhilfen erfasst, weil ein Subventionstatbestand kaum zu diagnostizieren ist, wenn ein Land als Eigentümer eines expandierenden Unternehmens dessen Eigenkapital aufstockt. Die Mittelzuführung hat aber Subventionscharakter, wenn ein chronisch defizitäres Unternehmen der Empfänger ist. Denn dann wird Kapitalaufzehrung alimentiert. Aus diesem Grunde sind die Kapitalzuführungen an die defizitären Berliner Verkehrsbetriebe in der Finanzhilfedatei enthalten.

Sind die geförderten Institutionen oder Tätigkeiten rechtlich oder finanzstatistisch voll in den Haushalt integriert (etwa bei staatlichen Mustergütern oder bei der Förderung von Religionsgemeinschaften), so ist statt der Erfassung ausgewählter Gruppierungsnummern das am Ende des Haushaltskapitels ausgewiesene Defizit zu veranschlagen. Es bringt den Finanzhilfeteil der Finanzierung der jeweiligen Aufgabe zum Ausdruck.

3.1.2 Ein spezifisches Problem: Keine Finanzhilfedaten für Hessen

Seit dem Jahr 2005 ist Hessen zum „Produkthaushalt“ übergegangen. „Produkte werden als Leistungsbündel verstanden, die der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und fachpolitischer Ziele dienen...“ (Hessisches Ministerium der Finanzen). „Der Produkthaushalt wird in Form eines Wirtschaftsplans aufgestellt. Darin wird festgelegt, welche Art, Menge und Qualität von Produkten die jeweilige Organisationseinheit mit ihrem Budget erbringen soll und welche Ziele und Wirkungen damit erreicht werden sollen“ (ebenda). „Der Produkthaushalt setzt sich ...wie folgt zusammen: ...Leistungsplan, Erfolgsplan, Finanzplan, kameraler Haushalt, Überleitungsrechnung“ (ebenda).

Ab dem Jahr 2005 werden Einnahmen und Ausgaben in Hessen nicht mehr anhand von einzelnen Haushaltstiteln ausgewiesen, sondern nur noch verkürzt als Sammelpositionen. Es ist seither nicht mehr möglich, die Finanzhilfen nach Wirtschaftssektoren oder Subventionszielen zu erfassen und Hessen in den Ländervergleich einzubeziehen.² Um die Kontinuität der Subventionsberichterstattung zu wahren, ist ein Schätzwert für die Finanzhilfen des Landes Hessen erforderlich. Es wird in der vorliegenden Arbeit angenommen, dass sich die Finanzhilfen des Landes Hessen ab dem Jahr 2005 so entwickelt haben wie die Finanzhilfen der anderen alten Flächenländer insgesamt.

Andere Länder wie z.B. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern sind auch im Übergang zum Produkthaushalt begriffen. Gleichwohl legen sie nach wie vor Rechenschaft über die Subventionsempfänger ab, zumindest über deren sektorale Zugehörigkeit. Produkthaushalt und Einzelveranschlagung schließen sich also offenbar nicht aus.

3.1.3 Informationsquellen für die auf Gemeindeebene erfassten Finanzhilfen

Neben den auf Länderebene verbuchten Zuweisungen der Länder für kommunale Finanzhilfen, die den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder zu ent-

² Das Land Hessen hat dem Institut für Weltwirtschaft auf Anfrage intern zwar eine Rechnung nach Haushaltstiteln zur Verfügung gestellt. Diese ist aber für eine sektoralisierte Erfassung der Finanzhilfen nicht verwendbar, da über die konkreten Zahlungsempfänger kaum etwas ableitbar ist.

nehmen sind, müssen die eigenfinanzierten Gemeindesubventionen erfasst werden. Informationsquellen sind die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht. In der erforderlichen Tiefengliederung stellt sie das Statistische Bundesamt auf Anfrage bereit. Verfügbar waren die Daten für die Jahre 2000–2004 (Statistisches Bundesamt, *Fachserie 14, Reihe 3.3*, lfd. Jgg.). Für die Jahre 2005, 2006 und 2007 werden die Kommunalzahlen auf der Basis der Finanzhilfen der einzelnen Bundesländer geschätzt.

Die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte sind nach Aufgabebereichen gegliedert, die mit so genannten Gliederungsnummern versehen sind. Zweistellige Nummern in der Systematik der Ausgaben kennzeichnen Obergruppen, dreistellige Untergruppen. Die Palette der Funktionen ist dahingehend überprüft worden, ob die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Subventionskriterien gegeben sind. Als Eigenfinanzierungsanteil der Gemeinden und Gemeindeverbände ist in den subventionsrelevanten Aufgabebereichen der Saldo aus Nettoausgaben und Nettoeinnahmen³ verbucht worden.

3.2 Überprüfung durch die Länder

Die Datensätze für die einzelnen Länder sind bei der vorangegangenen Finanzhilfeehebung (Rosenschon 2005) an die Finanzministerien der einzelnen Länder zur kritischen Überprüfung verschickt worden, wobei der breite Subventionsbegriff der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegt werden sollte. Damit war beabsichtigt worden, das Fachwissen vor Ort auszuschöpfen, um bei der Erfassung von Subventionen Fehler zu vermeiden. Denn mitunter fehlen Haushaltserläuterungen zu den einzelnen Finanzhilfetiteln, oder sie sind vage formuliert. Auf exakte Informationen ist man aber angewiesen, um sachgerecht die relevanten Haushaltspositionen herauszufiltern. Änderungsvorschläge sind insoweit berücksichtigt worden, als sie mit dem umfassenden Subventionsbegriff und dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Länder vereinbar sind. Aus der Hilfe der

³ Nettoausgaben sind alle Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen abzüglich haushaltstechnischer Verrechnungen und Zahlungen von anderen Ebenen. Nettoeinnahmen sind alle Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen abzüglich haushaltstechnischer Verrechnungen und Zahlungen von anderen Ebenen.

Länder bei der Überprüfung der Finanzhilfen darf nicht abgeleitet werden, dass die einzelnen Finanzministerien die in dieser Arbeit gewählten Abgrenzungen in jeder Hinsicht für adäquat halten.

3.3 Zur Gliederung der Finanzhilfen

Bei der Erfassung der Finanzhilfen kann unmittelbar differenziert werden zwischen sektorspezifisch erfassbaren Zahlungen – sie begünstigen ausschließlich einen Wirtschaftszweig – und branchenübergreifenden. Branchenübergreifende Finanzhilfen sind auf einen vergleichsweise breiten, hier sektoral nicht identifizierten Empfängerkreis zugeschnitten.

Bei den sektorspezifischen Finanzhilfen wird unterschieden zwischen solchen an Unternehmen und solchen an (halb-)staatliche Dienstleister. Die sektorspezifischen Finanzhilfen an Unternehmen werden acht Wirtschaftszweigen zugeteilt, auf die sich staatliche Förderpolitik konzentriert, nämlich auf

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Bergbau,
- Schiffbau,
- Verkehr,
- Wohnungsvermietung,
- Luft- und Raumfahrzeugbau,
- Wasserver- und -entsorgung sowie Abfallwirtschaft und
- Fremdenverkehr, Staatsbäder.

Die übrigen sektorspezifischen Finanzhilfen werden einer Sammelposition zugeschlagen. Sie umfasst eine bunte Mischung von Finanzhilfen an begünstigte Sektoren bzw. Einzelunternehmen wie etwa Staatsbrauereien, Technologieberatungseinrichtungen, Messegesellschaften und Holdinggesellschaften für Staatsvermögen, die ausgewählte Sektoren wie etwa den öffentlichen Personennahverkehr betreuen.

Bei den sektorspezifischen Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister, die in der erweiterten Abgrenzung berücksichtigt werden, wurde nach folgenden Subventionsempfängern differenziert:

- Krankenhäuser,

- Kindertagesstätten, Kinderkrippen,
- Theater, Museen, sonstige kulturelle Einrichtungen,
- Staatsforsten,
- Kirchen, Religionsgemeinschaften,
- Pflegeeinrichtungen,
- Sport- und Freizeiteinrichtungen,
- sonstige Institutionen (wie Landwirtschaftskammern, staatliche Versuchsanstalten für Bienenzucht oder Weinbau, Landesgestüte u. Ä.).

Bei den Zuschüssen an Pflegeeinrichtungen sind nur die allgemeinen gemäß dem Pflegeversicherungsgesetz berücksichtigt worden, nicht die innerhalb der Sozialfürsorge.

Die branchenübergreifenden Finanzhilfen an Unternehmen wurden nach ihrer dominierenden Zielsetzung geordnet. Dabei wird differenziert nach

- Regional- und Strukturpolitik,
- Förderung von Umwelt und rationeller Energieverwendung,
- Beschäftigungsförderung,
- Förderung von Innovationen,
- Mittelstandsförderung,
- Investitionsförderung,
- Förderung sonstiger betrieblicher Funktionen.

Mitunter werden mehrere Zielsetzungen verfolgt, etwa die Förderung von Innovationen in mittelständischen Betrieben. Hier erfolgt die Erfassung anhand der dominanten Zielsetzung, um eine überschneidungsfreie Gliederung zu erhalten.

4 Die Bestandsaufnahme

4.1 Integration der Gemeindeebene für Vergleich der Länderdaten nötig

Will man die Länder im Hinblick auf ihr Finanzhilfegebaren vergleichen, so ist es erforderlich, potentielle Verzerrungen zu eliminieren. Besonders wichtig er-

scheint es, die regionalisierten Finanzhilfeszahlen der Gemeinden zu integrieren, denn in den einzelnen Ländern herrschen unterschiedliche Zentralisations- bzw. Dezentralisationsgrade. So wurden in den neuen Ländern im Jahr 2007 durchschnittlich 76 Prozent der Finanzhilfen auf Landesebene gewährt, in den alten Ländern waren es nur zwischen 52 Prozent (Tabelle 1). Bei einem reinen Ländervergleich, bei dem auf den Einbezug regionalisierter Gemeindedaten verzichtet wird, würden somit für die neuen Länder systematisch überhöhte Hilfen

Tabelle 1:

Finanzhilfen (mit Grenzfällen) der Flächenländer nach Landes- und Gemeindeebene im Jahr 2007 (in Prozent)

Alte Länder		Neue Länder	
<i>Baden-Württemberg</i>		<i>Brandenburg</i>	
Landesebene	44,99	Landesebene	75,43
Gemeindeebene	55,01	Gemeindeebene	24,57
<i>Bayern</i>		<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	
Landesebene	54,77	Landesebene	79,21
Gemeindeebene	45,23	Gemeindeebene	20,79
<i>Hessen^a</i>		<i>Sachsen</i>	
Landesebene	44,05	Landesebene	73,77
Gemeindeebene	55,95	Gemeindeebene	26,23
<i>Niedersachsen</i>		<i>Sachsen-Anhalt</i>	
Landesebene	51,93	Landesebene	76,13
Gemeindeebene	48,07	Gemeindeebene	23,87
<i>Nordrhein-Westfalen</i>		<i>Thüringen</i>	
Landesebene	52,62	Landesebene	76,58
Gemeindeebene	47,38	Gemeindeebene	23,42
<i>Rheinland-Pfalz</i>		<i>Neue Flächenländer insg.</i>	
Landesebene	60,54	Landesebene	75,97
Gemeindeebene	39,46	Gemeindeebene	24,03
<i>Saarland</i>			
Landesebene	56,58		
Gemeindeebene	43,42		
<i>Schleswig-Holstein</i>			
Landesebene	52,81		
Gemeindeebene	47,19		
<i>Alte Flächenländer insg.</i>			
Landesebene	52,14		
Gemeindeebene	47,86		

^aStruktur im Jahr 2004.

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

ausgewiesen. Große Spannen gibt es auch innerhalb der Ländergruppen: Während im Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz 60,5 Prozent der Finanzhilfen durch das Land verausgabt wurden, waren es in Baden-Württemberg nur 45 Prozent.

Trotz des Einbezugs der Gemeindeebene spricht viel für Vorsicht bei einem interregionalen Vergleich. Erstens: Die Subventionen werden mitunter aus dem Staatshaushalt in Schattenhaushalte verlagert. Deren Finanzhilfeaktivität kann nur insoweit berücksichtigt werden, als die Haushaltspläne darüber nachrichtlich Auskunft geben, wie dies etwa beim „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ oder beim Sondervermögen „Altlastensanierung“ in Sachsen-Anhalt der Fall ist. Wo aber Informationslücken über das Agieren z.B. öffentlicher Förderbanken und sonstiger parafiskalischer Gebilde bestehen, wo also das Rechnungswesen der Parafisci nicht als Anlage im Haushaltsplan erscheint, kommt das betreffende Land im Ländervergleich zu „gut“ weg. Zweitens: Unterschiedliche Ausmaße nicht messbarer Subventionen (wie Preissubventionen) bleiben unberücksichtigt.

4.2 Zur Entwicklung der Finanzhilfen der Länder und der Gemeinden in der Abgrenzung der vorliegenden Studie

Die Finanzhilfen insgesamt (und mit Grenzfällen gerechnet) waren im Jahr 2007 mit (geplanten) 61,3 Mrd. Euro deutlich niedriger als im Jahr 2000 (65 Mrd. Euro). Im Jahr 2001 ist mit 65,5 Mrd. Euro der Höchststand in der betrachteten Periode erreicht worden, im Jahr 2005 mit 60,7 Mrd. Euro der niedrigste Stand (Tabelle 2). Eliminiert man die Grenzfälle, ergibt sich – auf einem zwischen 4 und 5 Mrd. Euro niedrigeren Niveau – ein analoger Verlauf. Mit 56,9 Mrd. Euro im Jahr 2007 entsprechen die gesamten Finanzhilfen ohne Grenzfälle in etwa dem Länderanteil am Aufkommen der Lohnsteuer. In Relation zum nominalen BIP sind die Finanzhilfen kontinuierlich um insgesamt über einen halben Prozentpunkt zurückgegangen. Im Jahr 2007 haben sie schätzungsweise 2,52 Prozent bzw. 2,34 Prozent des BIP betragen, während sie im Jahr 2000 noch bei 3,15 Prozent (2,9 Prozent) gelegen haben.

Tabelle 2:
Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden in den Jahren 2000–2007

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
Finanzhilfen in Mill. Euro								
(mit Grenzfällen)	64 960 223	65 542 456	64 910 085	63 134 862	62 035 013	60 701 225	62 166 867	61 331 236
alte Flächenländer	41 305 375	42 380 639	42 084 816	40 997 054	40 178 307	39 893 692	41 859 093	40 991 553
neue Flächenländer	16 817 591	16 446 255	16 125 850	15 738 659	15 434 230	14 210 162	14 290 872	14 496 649
Stadtstaaten	6 837 256	6 715 562	6 699 419	6 399 149	6 422 476	6 597 371	6 016 902	5 843 035
(ohne Grenzfälle)	59 871 776	60 047 033	59 540 028	58 190 514	57 496 580	56 343 471	57 628 611	56 927 049
alte Flächenländer	37 759 608	38 627 537	38 398 339	37 464 423	36 868 761	36 538 459	38 277 323	37 630 054
neue Flächenländer	15 738 919	15 335 186	14 978 094	14 791 230	14 592 405	13 446 534	13 529 368	13 709 024
Stadtstaaten	6 373 249	6 084 310	6 163 595	5 934 861	6 035 414	6 358 478	5 821 921	5 587 971
Finanzhilfen in Prozent des Bruttoinlands- produkts								
(mit Grenzfällen)	3,15	3,10	3,03	2,92	2,81	2,71	2,69	2,52
alte Flächenländer	2,50	2,50	2,45	2,37	2,27	2,22	2,26	
neue Flächenländer	7,17	6,84	6,53	6,27	5,99	5,52	5,36	
Stadtstaaten	3,95	3,78	3,73	3,55	3,51	3,54	3,13	
(ohne Grenzfälle)	2,90	2,84	2,78	2,69	2,60	2,51	2,50	2,34
alte Flächenländer	2,28	2,28	2,24	2,17	2,09	2,03	2,07	
neue Flächenländer	6,71	6,38	6,06	5,90	5,67	5,22	5,07	
Stadtstaaten	3,68	3,42	3,43	3,29	3,29	3,41	3,03	

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007); eigene Berechnungen.

Während in den alten Flächenländern, die eine relativ niedrige Subventionsquote aufweisen, der Subventionsabbau im Verhältnis zum BIP eher zäh verlaufen ist, kamen die neuen Flächenländer zügig voran. Der Rückgang erfolgte allerdings von einem relativ hohen Niveau aus. Während die Finanzhilfequote der alten Flächenländer im Jahr 2000 noch bei reichlich einem Drittel des in den neuen Ländern erreichten Niveaus lag, war im Jahr 2006 die Quote etwa halb so hoch. In den vergangenen zwei Jahren sind die Finanzhilfen der Stadtstaaten besonders zügig abgebaut worden, weil Berlin zur Haushaltskonsolidierung gezwungen ist, seit das Bundesverfassungsgericht den Antrag abgelehnt hat, den Haushalt zu Lasten des Bundes und der anderen Länder zu sanieren.

4.3 Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder und der Gemeinden im Subventionsbericht der Bundesregierung

In dem einundzwanzigsten Subventionsbericht der Bundesregierung, der die Entwicklung der gesamten Subventionen in den Jahren 2005–2008 enthält (BMF 2007), wird für das Jahr 2007 ein Finanzhilfenvolumen der Länder und der

Gemeinden in Höhe von 12,1 Mrd. Euro ausgewiesen, verglichen mit 61,3 Mrd. Euro bzw. 56,9 Mrd. Euro (Tabelle 3). Damit wird nur rund ein Fünftel (19,7 bzw. 21,3 Prozent) des hier errechneten Finanzhilfevolumens der Länder und ihrer Gemeinden von der Bundesregierung in ihren Subventionsberichten erfasst.

Tabelle 3:

Finanzhilfen von Ländern und Gemeinden gemäß der vorliegenden Subventionsabgrenzung und gemäß dem einundzwanzigsten Subventionsbericht der Bundesregierung in den Jahren 2004 bis 2007 (Mrd. Euro)

	2004	2005	2006	2007
<i>I Finanzhilfen nach der vorliegenden Abgrenzung</i>				
Obergrenze für Finanzhilfen				
insgesamt	62,0	60,7	62,2	61,3
der Länder	38,7	37,8	38,3	37,9
der Gemeinden	23,3	22,9	23,9	23,5
Untergrenze für Finanzhilfen				
insgesamt	57,5	56,3	57,6	56,9
der Länder	35,9	35,2	35,6	35,2
der Gemeinden	21,6	21,1	22,1	21,7
<i>II Finanzhilfen nach 21. Subventionsbericht</i>				
insgesamt	11,6 ^a	11,8	11,7	12,1
der Länder	10,1 ^a	10,3	10,2	10,6
der Gemeinden	1,5 ^a	1,5	1,5	1,5
<i>III II in Prozent von I</i>				
Obergrenze für Finanzhilfen				
insgesamt	18,70	19,44	18,82	19,73
der Länder	26,10	27,24	26,64	28,00
der Gemeinden	6,43	6,55	6,28	6,39
Untergrenze für Finanzhilfen				
insgesamt	20,18	20,94	20,30	21,26
der Länder	28,11	29,26	28,68	30,09
der Gemeinden	6,95	7,10	6,80	6,91

^aGemäß dem neunzehnten Subventionsbericht.

Quelle: Wie Tabelle 1; BMF (2007); eigene Berechnungen.

Allerdings muss überprüft werden, ob die erforderlichen Bereinigungen dieses Ergebnis nennenswert verändern. So ist der Ansatz der Bundesregierung um darin enthaltene Darlehensanteile zu kürzen. Der einundzwanzigste Subventionsbericht nennt 0,5 Mrd. Euro für die Länder (BMF 2007: 24), für die Gemeinden werden keine Angaben gemacht. Zu erhöhen ist der Ansatz im Subventionsbericht der Bundesregierung um jene Zahlungen des Bundes, die hier bei den

Ländern, im Subventionsbericht der Bundesregierung aber beim Bund erfasst werden. In der Anlage 1 des einundzwanzigsten Subventionsberichts sind 1,1 Mrd. Euro subventionsrelevanter Zahlungen des Bundes an die Länder aufgeführt. Somit ist der Ansatz der Bundesregierung um netto 0,6 Mrd. Euro zu erhöhen. Die Erfassungsquote steigt von 19,7 auf 20,7 Prozent bzw. von 21,3 auf 22,3 Prozent. Die Bereinigung ändert am Ergebnis also wenig.

Spaltet man die Daten nach Länder- und Gemeindeebene auf, ergibt sich ein differenziertes Bild: Während sich die Erfassungsquote bei den Ländern auf ein Niveau zwischen reichlich einem Viertel und knapp einem Drittel erhöht, sinkt sie bei den Gemeinden auf Werte zwischen 6,9 Prozent und 6,4 Prozent. Der amtliche Subventionsbericht weist bei den kommunalen Finanzhilfen also nur die Spitze des Eisbergs aus.

Dabei gilt es zu beachten, dass die kommunalen Finanzhilfen gemäß dieser Studie, an denen der Schätzwert der Bundesregierung relativiert worden ist, das gesamte kommunale Subventionsspektrum vermutlich nur zum Teil abdecken. Denn erstens dürfte auf dieser Ebene der Anteil der Preissubventionen besonders hoch sein. Diese Subventionen in Form von Abweichungen von Marktpreisen – bei staatlichen Käufen nach oben, bei Verkäufen nach unten – können aber nicht veranschlagt werden, weil in den Rechnungen für die öffentlichen Haushalte über diese Form der Begünstigung nicht berichtet werden muss. Zweitens dürften auf kommunaler Ebene Bürgschaften und Gewährleistungen eine besondere Rolle spielen. Es fehlen aber Informationen, um über Subventionsäquivalente die Inanspruchnahme in den Gesamtbetrag der Finanzhilfen einzubeziehen. Drittens werden die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte aggregiert. Das heißt aber, dass Defizite in einzelnen Funktionsbereichen einzelner Haushalte nicht mehr erscheinen, weil sie um andernorts erzielte Überschüsse gekürzt werden.

Gemessen am tatsächlichen kommunalen Finanzhilfenvolumen hat die von der Bundesregierung veröffentlichte Zahl in Höhe von 1,6 Mrd. Euro mehr den Charakter eines Erinnerungspostens.

4.4 Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder in den Subventionsberichten der Länder

Die Relationen zwischen den von 14 Ländern publizierten Finanzhilfezahlen zu den hier veröffentlichten Zahlen für die einzelnen Länder (ohne Gemeindeebene) decken ein breites Spektrum ab (Tabelle 4). Die niedrigsten Erfassungsquoten liegen für Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bremen vor. Die Werte liegen bei rund einem Achtel bis rund einem Viertel des hier präsentierten Ansatzes. Für Berlin liegt die Relation zwischen 28,2 und 29,1 Prozent. Es ist zu vermuten, dass sich die genannten vier Länder bei ihren eigenen Finanzhilfeberichten eng an die Werte anlehnen, die sie der Bundesregierung für deren Subventionsbericht melden, da sich die Größenordnungen der Länderangaben und der Bundesangabe für die Länder ähneln.

Tabelle 4:

Finanzhilfsvolumen gemäß den Subventionsberichten der Länder im Vergleich zu dem der vorliegenden Studie (Mill. Euro)

Land	I	II	III	IV	V	VI	VI	VII
	Bericht über Finanzhilfen	Internetpräsenz	Finanzhilfeausweis	Jahr	Finanzhilfen der Landesebene nach der vorliegenden Studie (mit Grenzfällen)	Finanzhilfen der Landesebene nach der vorliegenden Studie (ohne Grenzfälle)	III in Prozent von V	III in Prozent von VI
Baden-Württemberg	ja	ja	436	2006	3 544	3 276	12,30	13,31
Bayern	ja	nein	2 792	2006	4 868	4 221	57,35	66,15
Hessen	ja	nein	2 173	2007	1 994	1 814	108,98	119,79
Niedersachsen	ja	ja	1 671	2006	2 203	1 888	75,85	88,51
Nordrhein-Westfalen	ja	ja	6 833	2005	5 714	5 256	119,58	130,00
Rheinland-Pfalz	ja	ja	1 495	2007	1 541	1 432	97,01	104,40
Saarland	ja	ja	326	2007	394	365	82,74	89,31
Schleswig-Holstein	ja	nein	180	2004	817	760	22,03	23,68
Brandenburg	nein	nein						
Mecklenburg-Vorpommern	ja	nein	561	2007	1 339	1 282	41,90	43,76
Sachsen-Anhalt	ja	ja	1 673	2003	2 445	2 407	68,43	69,51
Sachsen	nein	nein						
Thüringen	ja	ja	1 169	2007	1 750	1 667	66,80	70,13
Berlin	ja	ja	1 064	2007	3 771	3 661	28,22	29,06
Bremen	ja	nein	153	2004	602	550	25,42	27,82
Hamburg	ja	ja	943	2007	1 476	1 388	63,89	67,94

Quelle: Wie Tabelle 1; Berichte der Länder über die landesspezifischen Finanzhilfen; Landtag Rheinland-Pfalz (2007); eigene Berechnungen.

Mit einer „Erfassungsquote“ zwischen 41,9 und 43,8 Prozent folgt Mecklenburg-Vorpommern. Es schließen sich Bayern (57,4 bis 66,2 Prozent) und Hamburg (63,9 bis 67,9 Prozent) an. In den Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und im Saarland werden Finanzhilfen ausgewiesen, die zwischen 66,8 und 89,3 Prozent des Finanzhilfenvolumens gemäß der vorliegenden Studie erreichen; allerdings werden meist – anders als in der hier präsentierten Studie – die Regionalisierungsmittel nicht erfasst.

Es verwundert nicht, dass die vom Land Rheinland-Pfalz ausgewiesenen Finanzhilfen in etwa dem in dieser Studie ausgewiesenen Betrag entsprechen (zwischen 97 und 104,4 Prozent. Denn „...für die Abgrenzung der Finanzhilfen bei der Berichterstattung in Rheinland-Pfalz sind weiterhin die Darlegungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) maßgebend. ... die Abgrenzung der Finanzhilfen hat eine breite Zustimmung gefunden ... und wurde inzwischen auch von anderen Bundesländern übernommen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007: 5). Freilich sind beide Datensätze nicht in allen Punkten identisch. So enthält der Finanzhilfebericht von Rheinland-Pfalz – wie die Subventionsberichte der anderen Länder – Darlehen und Investitionszuschüsse an Kommunen für die Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben. Ferner werden Zuweisungen an Privatschulen als Finanzhilfen einbezogen, während in dieser Arbeit der gesamte Ausbildungssektor bei der Subventionsabgrenzung ausgespart wird. Andererseits werden staatsinterne Defizite im Finanzhilfebericht des Landes nicht erfasst, und die Regionalisierungsmittel sind nicht einbezogen.

Die „Erfassungsquote“ für Hessen liegt zwischen 109 und 119,8 Prozent. Nordrhein-Westfalen gibt seit dem Jahr 2002 einen Förderbericht heraus, der an die Stelle der zuvor erstellten Subventionsberichte tritt „und dessen Inhalt deutlich über den bisherigen Subventionsbericht hinausgeht“ (Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2004: 2). Die Definition knüpft am Begriff der Transferausgaben an, die ohne Gegenleistung gewährt werden, und ist weiter als die hier gewählte Abgrenzung. Abweichend von dieser umfasst der Förderkatalog von Nordrhein-Westfalen z.B. Ausgaben für Grundlagenforschung in Großforschungseinrichtungen, Zahlungen an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), an die Privatuniversität Witten-Herdecke, an staatlich anerkannte Fachhochschulen, an Studentenwerke und -wohnheime, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Zuweisungen an Ganztagschulen,

die Förderung von Einrichtungen im Bereich der Sozialhilfe, Ausgaben für Behindertenhilfe, Frauenhäuser, Flüchtlings-, Straffälligen- und Opferhilfe sowie Leistungen für Entwicklungshilfe. Das im Förderbericht des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesene Finanzvolumen liegt um 19,6 bis 30 Prozent über dem Finanzhilfeniveau gemäß dieser Studie.

4.5 Finanzhilfen nach Ländern

4.5.1 Finanzhilfen je Einwohner nach Ländern

Im Jahr 2007 beliefen sich im Durchschnitt aller Länder die Finanzhilfezahlungen auf 691 Euro je Einwohner (ausschließlich Grenzfälle) bzw. 796 Euro je Einwohner (einschließlich Grenzfälle), im Jahr 2000 waren es noch 728 bzw. 796 Euro gewesen (Tabellen 5 und 6). Dabei war das Finanzhilfeniveau im Durchschnitt der neuen Flächenländer deutlich höher als in den alten Flächenländern (1 034 bzw. 1 093 Euro im Vergleich zu 595 bzw. 648 Euro), die Relation hat sich aber vermindert (in Prozent von 188 auf 174 bzw. von 184 auf 168), weil die neuen Länder insgesamt ihre Finanzhilfen bis 2005 spürbar reduziert haben, während die Finanzhilfen in den alten Ländern stagnierten. In den neuen Ländern waren jedoch für die Jahre 2006 und 2007 steigende Finanzhilfen geplant. Die Finanzhilfeausgaben der Stadtstaaten je Einwohner reichten in den Jahren 2000–2007 nicht ganz an die im Beitrittsgebiet erreichte Höhe heran.

Unter den alten Flächenländern waren im Jahr 2000 die Finanzhilfen pro Einwohner in Schleswig-Holstein am niedrigsten. Es folgten Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, wobei der Rang davon abhängt, ob man die Gliederung mit oder ohne Grenzfälle zugrunde legt (Tabelle 7). Im Jahr 2007 lag Nordrhein-Westfalen auf dem ersten Platz bzw. leistete die niedrigsten Finanzhilfen, gefolgt von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Dabei haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern eingeebnet.

Tabelle 5:
Finanzhilfen der Länder (mit Grenzfällen) je Einwohner in den Jahren 2000 bis 2007 (Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
Baden-Württemberg	731	734	785	753	721	692	733	688
Bayern	745	734	748	724	688	673	711	701
Hessen	689	705	725	716	728			
Niedersachsen	586	602	605	553	514	531	579	595
Nordrhein-Westfalen	619	649	595	592	597	601	611	590
Rheinland-Pfalz	590	599	568	573	580	570	590	628
Saarland	630	743	651	696	621	710	783	667
Schleswig-Holstein	532	546	512	498	547	529	567	592
Alte Flächenländer	659	673	667	648	635	630	662	648
Brandenburg	1 221	1 157	1 237	1 055	1 164	1 044	1 149	1 146
Mecklenburg-Vorpommern	1 176	1 159	1 176	1 163	1 104	1 089	1 053	997
Sachsen-Anhalt	1 256	1 230	1 173	1 334	1 228	1 159	1 157	1 120
Sachsen	1 189	1 174	1 213	1 195	1 113	999	1 005	1 143
Thüringen	1 236	1 284	1 095	1 045	1 147	1 090	1 067	987
Neue Flächenländer	1 214	1 199	1 184	1 164	1 149	1 065	1 078	1 093
Flächenländer	824	830	822	800	779	758	789	780
Berlin	1 405	1 356	1 344	1 261	1 291	1 349	1 180	1 108
Bremen	1 027	1 057	1 034	982	908	853	973	896
Hamburg	821	824	842	850	834	833	770	842
Stadtstaaten	1 188	1 163	1 158	1 106	1 110	1 137	1 033	1 003
Alle Länder	850	853	845	821	802	785	807	796

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Tabelle 6:
Finanzhilfen der Länder (ohne Grenzfälle) je Einwohner in den Jahren 2000 bis 2007 (Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
Baden-Württemberg	679	692	734	704	669	647	684	646
Bayern	664	652	671	656	633	615	653	644
Hessen	641	650	675	663	676			
Niedersachsen	542	551	560	525	482	496	525	549
Nordrhein-Westfalen	564	582	532	523	534	536	548	527
Rheinland-Pfalz	538	554	518	529	538	524	542	584
Saarland	579	704	603	647	575	661	730	624
Schleswig-Holstein	488	501	468	449	493	482	514	538
Alte Flächenländer	603	614	608	593	583	577	605	595
Brandenburg	1 155	1 099	1 162	1 031	1 132	1 013	1 117	1 113
Mecklenburg-Vorpommern	1 084	1 078	1 100	1 087	1 051	1 042	1 006	954
Sachsen-Anhalt	1 181	1 155	1 092	1 257	1 158	1 098	1 103	1 058
Sachsen	1 093	1 059	1 101	1 092	1 027	923	923	1 059
Thüringen	1 185	1 235	1 040	995	1 094	1 037	1 015	934
Neue Flächenländer	1 136	1 118	1 100	1 094	1 086	1 008	1 020	1 034
Flächenländer	699	704	695	681	671	652	677	671
Berlin	1 352	1 294	1 294	1 213	1 260	1 317	1 158	1 075
Bremen	910	860	880	887	829	764	896	809
Hamburg	699	657	689	714	701	791	732	792
Stadtstaaten	1 107	1 054	1 066	1 026	1 043	1 096	1 000	959
Alle Länder	728	728	721	705	697	683	700	691

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Tabelle 7:

Ränge der Länder bei den Finanzhilfen je Einwohner und in Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2000, 2004 und 2007 oder 2006

Länder	F i n a n z h i l f e n											
	mit Grenzfällen						ohne Grenzfälle					
	je Einwohner			in Prozent des BIP			je Einwohner			in Prozent des BIP		
	2000	2004	2007	2000	2004	2006	2000	2004	2007	2000	2004	2006
Baden-Württemberg	7	7	6	6	6	4	8	7	7	7	6	5
Bayern	8	6	7	4	1	1	7	6	6	4	1	2
Hessen	6	8		1	3		6	8		2	5	
Niedersachsen	2	1	3	5	2	5	3	1	3	6	4	4
Nordrhein-Westfalen	4	3	1	3	4	2	4	3	1	3	2	1
Rheinland-Pfalz	3	4	4	7	7	6	2	4	4	5	7	5
Saarland	5	5	5	8	8	7	5	5	4	8	8	6
Schleswig-Holstein	1	2	2	2	5	3	1	2	2	1	3	3
Brandenburg	3	4	5	3	4	5	3	4	5	3	4	5
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	2	1	2	3	1	2	2	2	2	3
Sachsen-Anhalt	5	5	3	5	5	4	4	5	3	5	5	4
Sachsen	2	2	4	2	1	1	2	1	4	1	1	1
Thüringen	4	3	1	4	3	2	5	3	1	4	3	2
Berlin	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bremen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Hamburg	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Stadtstaaten												

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Im Jahr 2000 rangierten am Ende der Skala – der jeweilige Rang hängt von der Abgrenzung ab – die Südländer Baden-Württemberg und Bayern, gefolgt von Hessen. Hessen hat im Jahr 2004 am meisten Finanzhilfen je Einwohner vergeben, seither konnte wegen fehlender Informationen keine externe Finanzhilfestatistik mehr erstellt werden. Im Jahr 2007 besetzten abermals Baden-Württemberg und Bayern die Positionen 8 und 7, das Saarland rückte auf Platz 6 nach.

In den neuen Bundesländern ist die Spanne zwischen dem Land mit den niedrigsten und dem mit den höchsten Finanzhilfen weniger ausgeprägt als in den alten. Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 2000 die niedrigsten Finanzhilfen je Einwohner vergeben hat, im Jahr 2007 lag es auf dem zweiten Platz. Im Jahr 2007 war Thüringen Spitzenreiter, während es im Jahr 2000 noch an vorletzter Stelle bzw. letzter Stelle lag. Das ebenso im Jahr 2000 schlecht gelegene Sachsen-Anhalt konnte sich auf einen mittleren Platz vorschieben. Sachsen hingegen rutschte innerhalb der betrachteten Zeitspanne vom 2. auf den 4. Platz ab, Brandenburg vom 3. auf den letzten Platz ab.

Ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den Stadtstaaten. Das in Bremen realisierte Finanzhilfeniveau lag im Jahr 2000 um 25 bzw. 30 Prozent über dem von Hamburg. Im Jahr 2007 ist der Abstand auf 21 bzw. 6 Prozent geschrumpft, weil Hamburg die Finanzhilfen erhöht, Bremen hingegen gekürzt hat. Die Finanzhilfen je Einwohner, die der Stadtstaat Berlin leistet, sind die höchsten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Die in Berlin realisierten Finanzhilfen je Einwohner überstiegen im Jahr 2007 das Bremer Niveau um rund ein Drittel (mit 1 075 Euro bzw. 1 108 Euro). Im Jahr 2000 hat Berlin noch Finanzhilfen in Höhe von 1 352 Euro bzw. 1 405 Euro je Einwohner gewährt. Während der betrachteten Periode sind die Zahlungen wegen des Sparzwangs infolge chronischer Haushaltsprobleme und der Ablehnung des von Berlin eingereichten Normenkontrollantrags auf Sanierungshilfe durch das Bundesverfassungsgericht (im Jahr 2006) deutlich reduziert worden. Dass im Jahr 2005 ein Ausgabenanstieg geplant war, lag an der Inanspruchnahme aus Garantien gegenüber der Bankgesellschaft Berlin (300 Mill. Euro), an der Inanspruchnahme aus Bürgschaften für den Wohnungsbau (52 Mill. Euro) und an dem Zuschuss an die Berlin-Schönefeld-GmbH (30 Mill. Euro)

4.5.2 Finanzhilfen der Länder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Gemessen an den Finanzhilfen in Relation zum BIP lag Schleswig-Holstein innerhalb der alten Länder im Jahr 2000 in der Abgrenzung ohne Grenzfälle auf dem ersten Platz, in der mit Grenzfällen auf dem zweiten (Tabellen 7, 8 und 9). Auch bei der einwohnerbezogenen Rechnung war Schleswig-Holstein Spitzenreiter. Auffällig ist, dass Hessen in der Abgrenzung mit Grenzfällen mit einer Finanzhilfequote am BIP von 2,3 Prozent (Durchschnitt 2,5 Prozent) den 1. Rang belegte, obwohl es sich in der einwohnerbezogenen Rechnung auf dem 6. Rang befand. Dieses gute Abschneiden spiegelt das hohe Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wider. Im Jahr 2006 befanden sich Nordrhein-Westfalen und Bayern an der Spitze, wobei der Rang von der Abgrenzung abhängt. Dabei rangierte Nordrhein-Westfalen auch bei der einwohnerbezogenen Rechnung vorne, während Bayern am Ende der Skala angesiedelt war. Im Jahr 2000 wie auch im Jahr 2006 schnitt das Saarland am schlechtesten ab; mit Grenzfällen gerechnet lag die Finanzhilfequote am BIP im Jahr 2006 bei knapp 3 Prozent, gemessen an 2,3 im Durchschnitt der alten Länder.

Innerhalb der Gruppe der neuen Länder lag Sachsen in den betrachteten Jahren an der Spitze, mit Ausnahme des Jahres 2000, als Mecklenburg-Vorpommern in der Abgrenzung mit Grenzfällen dem Freistaat den ersten Rang streitig machte. Im Jahr 2006 realisierte Sachsen eine Finanzhilfequote am BIP in Höhe von 4,4 bzw. 4,8 Prozent. Die neuen Länder realisierten im Durchschnitt eine Quote in Höhe von 5,1 bzw. 5,4 Prozent. An zweiter Stelle rangierte im Jahr 2006 Thüringen, das im Jahr 2000 noch auf dem vierten Platz gelegen hatte. Während Sachsen-Anhalt im Jahr 2000 Verlierer war, gab es diese Rolle im Jahr 2006 an Brandenburg ab, das mit einem Wert von 5,8 bzw. 5,9 Prozent deutlich über dem Durchschnitt lag (5,1 bzw. 5,4 Prozent).

Innerhalb der Stadtstaaten leistete Hamburg die niedrigsten Finanzhilfen in Prozent des BIP, Berlin die höchsten. Der Anteil der Finanzhilfen am BIP war in Hamburg mit 1,5 bis 1,6 Prozent im Jahr 2006 der niedrigste Wert in der Bundesrepublik Deutschland, während in Berlin prozentual fast so viele Finanzhilfen gezahlt wurden wie in den neuen Ländern, über dreimal so viel wie in Hamburg und doppelt so viel wie in Bremen.

Tabelle 8:

Finanzhilfen des Bruttoinlandsprodukts der Länder (mit Grenzfällen) in den Jahren 2000 bis 2006 (Prozent)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006
Baden-Württemberg	2,59	2,52	2,68	2,56	2,43	2,28	2,34
Bayern	2,53	2,45	2,45	2,36	2,18	2,11	2,17
Hessen	2,28	2,26	2,31	2,24	2,24		
Niedersachsen	2,58	2,63	2,66	2,41	2,21	2,22	2,35
Nordrhein-Westfalen	2,45	2,54	2,30	2,27	2,25	2,23	2,20
Rheinland-Pfalz	2,61	2,66	2,47	2,48	2,44	2,37	2,37
Saarland	2,72	3,15	2,75	2,91	2,49	2,72	2,92
Schleswig-Holstein	2,29	2,30	2,20	2,11	2,28	2,19	2,30
Alte Flächenländer	2,50	2,50	2,45	2,37	2,27	2,22	2,26
Brandenburg	7,06	6,50	6,85	5,78	6,19	5,56	5,92
Mecklenburg-Vorpommern	6,95	6,65	6,65	6,47	5,97	5,87	5,49
Sachsen-Anhalt	7,59	7,22	6,53	7,28	6,46	5,94	5,65
Sachsen	6,96	6,59	6,48	6,22	5,60	5,02	4,82
Thüringen	7,40	7,43	6,17	5,71	6,07	5,72	5,37
Neue Flächenländer	7,17	6,84	6,53	6,27	5,99	5,52	5,36
Flächenländer	3,34	3,29	3,21	3,10	2,95	2,83	2,86
Berlin	6,06	5,84	5,79	5,48	5,59	5,81	4,98
Bremen	3,07	3,07	2,94	2,75	2,50	2,30	2,56
Hamburg	1,94	1,86	1,88	1,87	1,79	1,75	1,57
Stadtstaaten	3,95	3,78	3,73	3,55	3,51	3,54	3,13
Alle Länder	3,39	3,33	3,26	3,14	3,00	2,89	2,88

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Tabelle 9:

Finanzhilfen des Bruttoinlandsprodukts der Länder (ohne Grenzfälle) in den Jahren 2000 bis 2006 (Prozent)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006
Baden-Württemberg	2,40	2,37	2,51	2,40	2,25	2,13	2,18
Bayern	2,26	2,18	2,19	2,14	2,00	1,92	1,99
Hessen	2,12	2,09	2,15	2,08	2,08		
Niedersachsen	2,39	2,41	2,46	2,29	2,07	2,07	2,13
Nordrhein-Westfalen	2,23	2,28	2,05	2,01	2,01	1,99	1,97
Rheinland-Pfalz	2,38	2,46	2,25	2,29	2,26	2,18	2,18
Saarland	2,50	2,98	2,55	2,70	2,30	2,53	2,72
Schleswig-Holstein	2,10	2,11	2,01	1,91	2,06	1,99	2,09
Alte Flächenländer	2,28	2,28	2,24	2,17	2,09	2,03	2,07
Brandenburg	6,68	6,18	6,44	5,65	6,01	5,40	5,75
Mecklenburg-Vorpommern	6,40	6,19	6,22	6,05	5,68	5,61	5,25
Sachsen-Anhalt	7,14	6,78	6,08	6,86	6,09	5,62	5,38
Sachsen	6,39	5,94	5,89	5,68	5,17	4,63	4,43
Thüringen	7,10	7,14	5,86	5,44	5,79	5,44	5,11
Neue Flächenländer	6,71	6,38	6,06	5,90	5,67	5,22	5,07
Flächenländer	2,83	2,79	2,72	2,64	2,54	2,43	2,45
Berlin	5,83	5,57	5,58	5,27	5,45	5,67	4,89
Bremen	2,72	2,50	2,50	2,48	2,28	2,06	2,35
Hamburg	1,65	1,48	1,54	1,57	1,50	1,66	1,49
Stadtstaaten	3,68	3,42	3,43	3,29	3,29	3,41	3,03
Alle Länder	2,90	2,84	2,78	2,69	2,60	2,51	2,50

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

4.6 Finanzhilfen nach Sektoren bzw. Zwecken

4.6.1 Dominanz der Sektorhilfen, Diskriminierung leistungsstarker Branchen

Untersucht man, wie sich die Finanzhilfen aller Länder nach begünstigten Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen verteilen, fällt auf, dass nur rund ein Zehntel des Finanzvolumens branchenübergreifend vergeben wird (Tabellen 10 und 11). Fast neun Zehntel sind gezielte Sektorhilfen zugunsten von Unternehmen sowie an (halb-)staatliche Dienstleister.

Dabei werden innerhalb der Unternehmensförderung vor allem schrumpfende Sektoren protegiert wie die Landwirtschaft, der Schiffsbau und (in Westdeutschland) der Steinkohlenbergbau. Des Weiteren kommen gezielt Binnensektoren, die vom frischen Wind des internationalen Wettbewerbs weitgehend abgeschirmt sind, in den Genuss staatlicher Förderung. Zu nennen sind der öffentliche Personennahverkehr, der soziale Wohnungsbau, Krankenhäuser, Kindergärten, Theater, Museen etc.

Pendant zur Förderung sind Diskriminierungen an anderer Stelle. Sie betreffen weite Teile des verarbeitenden Gewerbes, die sich am Weltmarkt behaupten müssen, sowie die modernen Dienstleistungen wie Beratungsdienste und Telekommunikation. Das Gros der Unternehmen geht bei der Subventionsverteilung leer aus und muss die Mittel erwirtschaften, die der Staat in die geschützten Sektoren lenkt. Hingegen herrscht in der Öffentlichkeit mitunter der Eindruck vor, der Staat verteile die Mittel gleichsam mit der Gießkanne über die Unternehmenslandschaft.

Das Gewicht der Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister ist höher als das der Hilfen für Unternehmen. Es nahm innerhalb der betrachteten Periode zu, während die sektorspezifischen sowie die branchenübergreifenden Zahlungen an Unternehmen Anteile einbüßten.

Tabelle 10:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach Sektoren bzw. Subventionszielen in Prozent des Gesamtvolumens (mit Grenzfällen)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen</i>					
<i>zugunsten von Unternehmen</i>	38,9	37,3	37,3	37,0	35,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,3	4,6	4,7	4,7	4,7
Bergbau	1,3	1,1	1,1	1,2	1,2
Schiffbau	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Verkehr	15,8	17,2	17,3	17,2	16,7
Wohnungsvermietung	8,0	6,0	5,6	5,4	4,7
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	3,9	2,4	2,5	2,5	2,4
Fremdenverkehr, Bäder	1,9	2,0	2,0	2,1	2,1
Sonstige Sektoren	3,6	3,7	4,0	3,8	3,7
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	5,6	7,9	3,0	2,8	2,0
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen</i>					
<i>zugunsten von Unternehmen</i>	10,6	8,6	8,5	8,4	9,4
Regionalpolitik, Strukturpolitik	5,2	3,8	3,8	3,5	4,1
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Beschäftigungspolitik	2,4	2,2	2,4	2,5	2,4
Förderung von Qualifikation	0,8	1,0	1,0	0,9	1,0
Förderung von Innovationen etc.	0,6	0,5	0,4	0,5	0,8
Mittelstandsförderung	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Investitionsförderung	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	49,4	45,9	45,8	45,4	45,1
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	50,6	54,1	54,2	54,6	54,9
Krankenhäuser	8,4	8,7	8,8	8,9	9,0
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	15,4	17,7	18,1	18,2	18,3
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	8,5	9,0	9,0	9,0	9,2
Staatsforsten	1,0	0,6	0,3	0,5	0,4
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
Pflegeeinrichtungen	0,9	0,8	0,5	0,3	0,3
Sport, Freizeit	7,7	8,2	8,2	8,2	8,2
Sonstige Empfänger	7,8	8,2	8,4	8,6	8,6
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>I + IV Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	87,0	88,9	89,1	89,4	88,4

Quelle: Wie Tabelle 1; eigene Berechnungen.

Tabelle 11:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach Sektoren bzw. Subventionszielen in Prozent des Gesamtvolumens (ohne Grenzfälle)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen</i>					
<i>zugunsten von Unternehmen</i>	41,4	39,5	39,4	39,2	37,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,3	4,8	4,9	5,0	4,9
Bergbau	1,4	1,2	1,2	1,3	1,3
Schiffbau	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Verkehr	17,1	18,6	18,7	18,6	18,0
Wohnungsvermietung	8,5	6,4	5,9	5,7	5,0
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	4,1	2,4	2,4	2,4	2,4
Fremdenverkehr, Bäder	2,1	2,2	2,2	2,3	2,3
Sonstige Sektoren	3,7	3,8	4,0	3,8	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	6,0	8,5	3,3	3,0	2,1
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen</i>					
<i>zugunsten von Unternehmen</i>	11,4	9,3	9,1	9,1	10,1
Regionalpolitik, Strukturpolitik	5,6	4,1	4,1	3,8	4,5
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Beschäftigungspolitik	2,6	2,4	2,6	2,7	2,6
Förderung von Qualifikation	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Förderung von Innovationen etc.	0,7	0,5	0,4	0,5	0,9
Mittelstandsförderung	0,3	0,2	0,1	0,1	0,2
Investitionsförderung	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	52,8	48,7	48,5	48,3	47,8
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	47,2	51,3	51,5	51,7	52,2
Krankenhäuser	8,2	7,9	7,7	7,9	8,1
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	16,7	19,1	19,5	19,6	19,7
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	8,3	8,9	8,9	8,9	9,1
Staatsforsten	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Pflegeeinrichtungen	1,0	0,9	0,5	0,3	0,3
Sport, Freizeit	8,4	8,9	8,9	8,9	8,9
Sonstige Empfänger	4,0	4,7	5,1	5,2	5,3
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>I + IV Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	87,8	89,8	89,8	89,8	88,9

Quelle: Wie Tabelle 1; eigene Berechnungen.

4.6.2 Finanzhilfen der Ländergruppen nach Sektoren bzw. Zwecken im Jahr 2007

Die Struktur der Finanzhilfen ist in den einzelnen Ländergruppen unterschiedlich (Tabellen 12 und 13). Die neuen Flächenländer vergaben relativ hohe Agrarsubventionen (zwischen 7,1 bis 7,5 Prozent der gesamten Finanzhilfen im Vergleich zu 4,4 bis 4,7 Prozent in den alten Flächenländern), weil sie einen höheren Landwirtschaftsanteil haben, als dies in Westdeutschland der Fall ist. In den neuen Ländern ist während der vergangenen acht Jahre der Abbau der Finanzhilfen zugunsten des Wohnungsbaus wegen des Rückzugs des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau langsamer vonstatten gegangen als in den alten Ländern, so dass im Beitrittsgebiet der Anteil dieser Finanzhilfen im Jahr 2007 mit reichlich 8 ½ Prozent rund sechsmal so hoch war wie in den alten Flächenländern. Ferner war in den neuen Ländern der Anteil für Regional- und Strukturpolitik mit rund 10 Prozent der gesamten Finanzhilfen rund viermal so hoch wie in den alten Flächenländern. Auch für die Umweltpolitik, die Beschäftigungspolitik und für die Förderung von Qualifikationen und von Innovationen wurde hier relativ mehr ausgegeben als in den anderen Ländergruppen.

Die alten Länder haben für den Ausbau und die Unterhaltung von Kindertagesstätten rund ein Fünftel ihres Finanzhilfenvolumens verwendet. Im Beitrittsgebiet lagen die Ausgaben für diesen Zweck mit 13,5 bis 14,3 Prozent deutlich darunter. Ferner setzten die alten Flächenländer besondere Ausgabeakzente in den Bereichen Krankenhäuser, Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter, Sport, Freizeit, sonstige Empfänger (wie politische Stiftungen, Landwirtschaftskammern etc.). Auch haben die Westländer mehr Mittel für die Förderung des Fremdenverkehrs und der Kirchen eingesetzt.

Die Finanzhilfen der Stadtstaaten flossen vor allem an die Sektoren Verkehr, Wohnungsvermietung, Kindertagesstätten, Theater, Museen und sonstige Kulturanbieter.

Tabelle 12:

Finanzhilfen (mit Grenzfällen) nach Ländergruppen und Sektoren bzw. Subventionszielen im Jahr 2007 (Prozent des Gesamtvolumens)

	Alte Flächen- länder	Neue Flächen- länder	Stadtstaaten	Alle Länder
<i>I</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	32,8	41,5	41,2	35,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,4	7,1	0,1	4,7
Bergbau	1,6	0,8	0,0	1,2
Schiffbau	0,0	0,0	0,0	0,0
Verkehr	16,8	15,7	19,3	16,7
Wohnungsvermietung	1,4	8,6	18,4	4,7
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0,0	0,0	0,0	0,0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2,4	3,3	0,3	2,4
Fremdenverkehr, Bäder	2,6	1,6	0,1	2,1
Sonstige Sektoren	3,6	4,5	3,0	3,7
<i>Nachrichtlich:</i>				
Wohngeld	1,8	2,6	1,6	2,0
<i>II</i>				
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	5,7	19,7	9,9	9,4
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2,3	9,9	2,5	4,1
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,3	0,9	0,3	0,4
Beschäftigungspolitik	1,9	3,7	3,1	2,4
Förderung von Qualifikation	0,5	2,2	1,0	1,0
Förderung von Innovationen etc.	0,3	2,4	0,4	0,8
Mittelstandsförderung	0,1	0,2	0,1	0,1
Investitionsförderung	0,0	0,2	0,0	0,0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,1	0,2	2,5	0,4
<i>III</i>				
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	38,5	61,3	51,1	45,1
<i>IV</i>				
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	61,5	38,7	48,9	54,9
Krankenhäuser	10,3	6,3	7,1	9,0
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	19,1	13,5	24,0	18,3
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	9,4	7,9	10,5	9,2
Staatsforsten	0,3	0,8	0,2	0,4
Kirchen, Religionsgemeinschaften	1,1	0,7	0,4	0,9
Pflegeeinrichtungen	0,3	0,3	0,1	0,3
Sport, Freizeit	10,3	4,8	2,0	8,2
Sonstige Empfänger	10,6	4,4	4,6	8,6
<i>V</i>				
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>I + IV</i>				
<i>Nachrichtlich:</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	94,3	71,1	90,1	88,4

Quelle: Wie Tabelle 1; eigene Berechnungen.

Tabelle 13:

Finanzhilfen (ohne Grenzfälle) nach Ländergruppen und Sektoren bzw. Subventionszielen im Jahr 2007 (Prozent des Gesamtvolumens)

	Alte Flächen- länder	Neue Flächen- länder	Stadtstaaten	Alle Länder
<i>I</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	35,1	42,9	42,7	37,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,7	7,5	0,1	4,9
Bergbau	1,7	0,8	0,0	1,3
Schiffbau	0,0	0,0	0,0	0,0
Verkehr	18,3	16,5	20,2	18,0
Wohnungsvermietung	1,5	8,7	19,0	5,0
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0,0	0,0	0,0	0,0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2,3	3,3	0,4	2,4
Fremdenverkehr, Bäder	2,9	1,7	0,1	2,3
Sonstige Sektoren	3,7	4,3	2,9	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>				
Wohngeld	1,9	2,8	1,7	2,1
<i>II</i>				
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	6,2	20,8	10,3	10,1
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2,5	10,5	2,6	4,5
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,3	1,0	0,3	0,5
Beschäftigungspolitik	2,1	3,9	3,3	2,6
Förderung von Qualifikation	0,6	2,4	1,1	1,0
Förderung von Innovationen etc.	0,3	2,5	0,4	0,9
Mittelstandsförderung	0,1	0,2	0,1	0,2
Investitionsförderung	0,0	0,2	0,0	0,0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,2	0,2	2,5	0,4
<i>III</i>				
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	41,3	63,7	53,0	47,8
<i>IV</i>				
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	58,7	36,3	47,0	52,2
Krankenhäuser	9,3	5,9	5,1	8,1
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	20,8	14,3	25,1	19,7
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	9,3	7,7	10,8	9,1
Staatsforsten	0,0	0,3	0,0	0,1
Kirchen, Religionsgemeinschaften	1,2	0,0	0,0	0,8
Pflegeeinrichtungen	0,4	0,3	0,1	0,3
Sport, Freizeit	11,3	5,0	2,1	8,9
Sonstige Empfänger	6,4	2,8	3,8	5,3
<i>V</i>				
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>I + IV</i>				
<i>Nachrichtlich:</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	92,2	79,2	89,7	88,9

Quelle: Wie Tabelle 1; eigene Berechnungen.

4.6.3 Finanzhilfen der einzelnen Länder nach Sektoren bzw. Zwecken im Jahr 2007

Anhand der Gliederung der Hilfen nach Sektoren bzw. Zwecken kann die Frage beantwortet werden, woran es lag, dass einzelne Länder innerhalb ihrer Ländergruppe über- oder unterdurchschnittlich viele Finanzhilfen leisteten.

Innerhalb der alten Länder lag Baden-Württemberg bei den Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2007 – je nach Abgrenzung und ohne Berücksichtigung von Hessen – auf dem vorletzten bzw. letzten Platz (Tabellen 14 und 15). Ursächlich hierfür waren die höchsten Zahlungen an die Sektoren Verkehr, Kulturanbieter und Sport und Freizeiteinrichtungen sowie die überdurchschnittlich hohe Förderung von Kindertagesstätten und Religionsgemeinschaften. Bayern, das zusammen mit Baden-Württemberg am Ende der Skala rangierte, vergab die meisten Hilfen an die Land- und Forstwirtschaft, die Wasserver- und -entsorgung und die Abfallwirtschaft sowie die Krankenhäuser. Die Finanzhilfeschwerpunkte des Saarlands, das auf die genannten Länder folgt, lagen bei der Regional- und Strukturpolitik sowie bei der Beschäftigungspolitik und der Förderung der Qualifizierung; außerdem bezuschusste das Saarland den Steinkohlenbergbau.⁴ Spitzenreiter beim Ländervergleich für das Jahr 2007 war innerhalb der alten Länder Nordrhein-Westfalen, obwohl dort – anders als in den anderen Ländern (mit Ausnahme des Saarlandes) – der Steinkohlenbergbau gefördert wird. In Nordrhein-Westfalen werden die niedrigsten Zuschüsse zugunsten der Landwirtschaft, des Verkehrs sowie des Fremdenverkehrs sowie an Sonstige geleistet. Schleswig-Holstein rangierte im Jahr 2007 auf dem zweiten Platz, obwohl es die zweithöchsten Agrarsubventionen zahlte. Besonders niedrig waren in Schleswig-Holstein die Finanzhilfen, die für Regionalpolitik, für Kindertagesstätten, für Kulturanbieter, für Sport und Freizeit und für sonstige (halbstaatliche) Empfänger ausgegeben werden.

⁴ Rheinland-Pfalz, das einen mittleren Platz im Länderranking innehatte, leistete sich die höchsten Zuschüsse für Kindertagesstätten.

Tabelle 14:
Finanzhilfen je Einwohner (mit Grenzfällen) im Jahr 2007 nach Ländern in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer								Neue Flächenländer					Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I</i> Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	222	255		200	183	188	232	233	573	415	426	413	457	532	267	239
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	29	52		37	13	32	16	28	97	121	68	58	70	0	5	1
Bergbau	0	0		0	35	0	11	0	19	0	7	11	0	0	0	0
Schiffbau	0	0		1	0	0	0	4	0	4	0	0	0	0	1	1
Verkehr	126	119		95	93	102	124	104	200	151	182	163	157	237	142	129
Wohnungsvermietung	4	7		12	13	16	14	11	166	56	74	97	61	267	51	74
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung,																
Abfall	19	34		12	0	2	2	26	15	20	39	36	65	0	13	6
Fremdenverkehr, Bäder	19	19		25	9	18	22	26	20	24	16	11	20	0	9	0
Sonstige Sektoren	25	25		19	19	18	43	34	55	39	39	36	83	27	46	28
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	12	8		2	21	10	0	20	24	30	17	40	26	15	19	17
<i>II</i> Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	25	30		52	41	36	66	38	180	215	252	241	172	108	176	54
Regionalpolitik, Strukturpolitik	11	17		30	12	17	33	4	97	105	124	114	96	31	61	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1	0		4	1	1	2	2	2	0	31	8	9	1	11	3
Beschäftigungspolitik	6	4		13	22	9	16	23	54	62	6	45	38	31	58	21
Förderung von Qualifikation	6	2		1	3	3	10	4	2	28	75	18	6	11	5	12
Förderung von Innovationen etc.	2	2		4	2	3	0	3	23	13	12	51	13	4	14	1
Mittelstandsförderung	0	2		0	1	2	3	1	0	0	3	4	1	1	2	1
Investitionsförderung	0	0		0	0	0	0	0	2	6	0	0	4	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	3		0	1	0	2	1	0	2	2	1	6	30	23	17
<i>III</i> Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	248	285		252	223	224	299	271	753	630	678	653	629	640	442	293
<i>IV</i> Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister	440	416		343	367	404	368	321	393	367	442	489	358	468	453	548
Krankenhäuser	56	86		51	63	37	55	58	45	56	70	87	72	51	45	119
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	132	119		112	119	153	116	103	168	111	148	170	109	288	132	191
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	75	67		52	52	50	46	46	59	81	96	108	73	97	139	110
Staatsforsten	0	0		0	3	11	6	0	14	0	10	13	2	3	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	12		5	2	12	1	5	6	8	11	5	9	7	0	0
Pflegeeinrichtungen	5	0		5	0	0	0	7	16	1	0	0	0	0	7	0
Sport, Freizeit	92	59		57	64	62	56	51	41	48	56	64	41	20	37	13
Sonstige Empfänger	70	72		60	64	79	87	50	44	63	51	42	53	1	94	115
<i>V</i> Finanzhilfen insgesamt	688	701		595	590	628	667	592	1146	997	1120	1143	987	1108	896	842
<i>I + IV</i> <i>Nachrichtlich:</i>																
Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt	662	671		543	549	592	600	554	966	782	868	902	815	1000	720	787

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007); eigene Berechnungen.

Tabelle 15:

Finanzhilfen je Einwohner (ohne Grenzfälle) im Jahr 2007 nach Bundesländern in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer								Neue Flächenländer					Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I</i> Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	218	254		191	181	180	221	225	564	412	413	394	457	527	262	239
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	29	52		37	11	28	16	25	97	121	56	58	83	0	5	1
Bergbau	0	0		0	35	0	11	0	19	0	7	11	0	0	0	0
Schiffbau	0	0		1	0	0	0	4	0	4	0	0	0	0	1	1
Verkehr	126	119		95	93	102	124	102	200	151	181	163	157	237	142	129
Wohnungsvermietung	4	7		12	13	16	14	11	166	56	74	81	61	264	51	74
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung,																
Abfall	15	34		3	0	2	2	23	15	19	39	33	65	0	13	6
Fremdenverkehr, Bäder	19	19		25	9	18	22	26	20	24	16	11	20	0	9	0
Sonstige Sektoren	25	24		19	19	14	32	34	47	37	39	36	70	26	40	28
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	12	8		2	21	10	0	20	24	30	17	40	26	15	19	17
<i>II</i> Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	25	30		52	41	36	66	38	180	215	252	241	168	108	176	52
Regionalpolitik, Strukturpolitik	11	17		30	12	17	33	4	97	105	124	114	96	31	61	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1	0		4	1	1	2	2	2	0	31	8	9	1	11	3
Beschäftigungspolitik	6	4		13	22	9	16	23	54	62	6	45	38	31	58	21
Förderung von Qualifikation	6	2		1	3	3	10	4	2	28	75	18	6	11	5	12
Förderung von Innovationen etc.	2	2		4	2	3	0	3	23	13	12	51	8	4	14	1
Mittelstandsförderung	0	2		0	1	2	3	1	0	0	3	4	1	1	2	1
Investitionsförderung	0	0		0	0	0	0	0	2	6	0	0	4	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	3		0	1	0	2	1	0	2	2	1	6	30	23	15
<i>III</i> Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	243	284		244	222	216	288	263	745	627	665	635	624	635	437	291
<i>IV</i> Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister	403	360		305	306	368	337	275	369	327	393	424	310	441	372	500
Krankenhäuser	49	76		44	46	34	46	41	45	53	70	66	67	37	45	73
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	132	119		112	119	153	116	103	168	111	148	170	109	288	132	191
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	67	57		50	49	44	45	40	53	75	89	99	67	94	138	108
Staatsforsten	0	0		0	0	0	0	0	14	0	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	12		5	2	12	1	5	0	0	0	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	5	0		5	0	0	0	7	16	1	0	0	0	0	7	0
Sport, Freizeit	92	59		57	64	62	87	51	41	48	56	64	41	20	37	13
Sonstige Empfänger	48	37		32	26	63	41	27	32	39	29	25	27	1	14	115
<i>V</i> Finanzhilfen insgesamt	646	644		549	527	584	624	538	1113	954	1058	1059	934	1075	809	792
<i>I + IV</i> <i>Nachrichtlich:</i>																
Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt	621	614		497	487	548	558	500	933	739	806	818	766	967	633	739

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007); eigene Berechnungen.

Im Jahr 2007 lag Brandenburg innerhalb der Gruppe der neuen Länder auf Platz fünf. Es vergab die höchsten Verkehrs- und Bergbausubventionen, die höchsten Hilfen für die Bereiche Wohnungsvermietung, Kindertageseinrichtungen sowie Pflegeeinrichtungen und die zweithöchsten Beträge zugunsten der Land- und Forstwirtschaft und für die Beschäftigungsförderung. Das bestplatzierte Land Thüringen gab am wenigsten für Kindertagesstätten und branchenübergreifende Finanzhilfen sowie am zweitwenigsten für den Sektor Wohnungsvermietung so-

wie für Theater, Museen und sonstige Kulturanbieter aus. Mecklenburg-Vorpommern stand im Jahr 2007 trotz der höchsten Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft und für Beschäftigungspolitik an zweitbesten Stelle. Dies lag an den niedrigsten Ausgaben für die Sektoren Verkehr und Wohnungsvermietung und den zweitniedrigsten zugunsten von (halb-)staatlichen Dienstleistern.

Berlin nahm auch im Jahr 2007 den dritten Rang unter den Stadtstaaten ein. Dies lag an den relativ hohen Zuschüssen für das Verkehrswesen, den sozialen Wohnungsbau und für Kindertagesstätten. In Hamburg, das den ersten Platz unter den Stadtstaaten belegt, fielen kaum Ausgaben für Regional- und Strukturförderung an. Ferner zahlte Hamburg relativ wenig Finanzhilfen für Beschäftigungspolitik, zur Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen und an den Verkehrssektor. Die Hafencosten sind dabei nicht einbezogen; sie schlagen sich in der Kategorie „sonstige Empfänger“ des (halb-)staatlichen Sektors in der Abgrenzung mit Grenzfällen nieder.

Die Ausführungen haben gezeigt, dass sich hinter hohen oder niedrigen Finanzhilfen gänzlich unterschiedliche Strukturen verbergen können. So reflektieren etwa die Verwendungsschwerpunkte der Finanzhilfen des Saarlands Strukturschwäche, während jene des Landes Baden-Württemberg typisch für ein wohlhabendes Land sein könnten, das nicht die Option hat, Steuern zu senken. Denn es wurden jene Finanzhilfen favorisiert, die im Zuge des Entwicklungsprozesses Anteile hinzugewinnen können, nämlich die Zahlungen an die (halb-)staatlichen Sektoren. Umgekehrt schlug sich in den relativ niedrigen Finanzhilfefzahlungen der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern nicht nur Ausgabedisziplin, sondern auch das Diktat der leeren Kassen nieder.

4.7 Zum Zusammenhang zwischen der regionalen Subventionsneigung und dem Wirtschaftswachstum der Länder

Nach den Ausführungen zur Selektivität der Finanzhilfen würde man vermuten, dass jene Länder überdurchschnittliche (unterdurchschnittliche) Wachstumsraten aufwiesen, die verhältnismäßig wenig (viel) Finanzhilfen vergaben. Stellt man für die Betrachtungsperiode jedoch die Summe der Ränge der Bundesländer bei der Subventionsneigung jener beim Wachstum des realen BIP gegenüber, sieht man, dass der Zusammenhang nur teilweise zu beobachten ist und

dass es „paradoxe“ Fälle gibt (Tabelle 16). Dies gilt vor allem für die Gruppe der alten Flächenländer. Länder mit hohen Finanzhilfen je Einwohner wie Bayern, das Saarland und Baden-Württemberg lagen beim Wachstum vorn. (Allerdings schnitt der „Spitzenreiter“ beim Wachstum Bayern beim Indikator „Finanzhilfen in Prozent des BIP“ relativ gut ab.) Umgekehrt nahmen die „Musterländer“ in der Subventionspolitik beim Kriterium „Finanzhilfen je Einwohner“ Schleswig-Holstein und Niedersachsen den sechsten bzw. fünften Rang in der Wachstumshierarchie ein (ohne Hessen gerechnet).

Tabelle 16:

Rangfolge der Bundesländer bei den Finanzhilfen (je Einwohner und in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) und der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2000–2007 (2006)

	Finanzhilfen				Wachstums- rate des Bruttoinlands- produkts
	je Einwohner		in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
	mit Grenzfällen	ohne Grenzfälle	mit Grenzfällen	ohne Grenzfälle	
Baden-Württemberg	6	7	6	6	3
Bayern	6	6	2	3	1
Hessen					
Niedersachsen	2	2	4	4	5
Nordrhein-Westfalen	4	4	3	2	7
Rheinland-Pfalz	3	3	5	5	4
Saarland	5	5	7	7	2
Schleswig-Holstein	1	1	1	1	6
Brandenburg	4	5	4	4	4
Mecklenburg-Vorpommern	1	2	3	3	5
Sachsen-Anhalt	5	4	5	5	3
Sachsen	2	1	1	1	1
Thüringen	3	3	2	2	2
Berlin	3	3	3	3	3
Bremen	2	2	2	2	2
Hamburg	1	1	1	1	1

Quelle: Wie Tabelle 1; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

In der Gruppe der neuen Länder lag Sachsen sowohl beim Finanzhilfe- als auch beim Wachstumsranking vorn. Beim relativ gut positionierten Thüringen war es ähnlich. Brandenburg besetzte sowohl beim Wachstum als auch bei den Finanzhilfen den vorletzten Platz. Eher paradox war die Situation in Mecklen-

burg-Vorpommern: Obwohl dem Land eine geringe Subventionsneigung zu attestieren ist (gemessen an den Finanzhilfen je Einwohner), rangierte es am Ende der Wachstumsskala.

In der Gruppe der Stadtstaaten vergab Hamburg die geringsten Finanzhilfen und lag auch beim Wachstum vorn, während Berlin bei beiden Indikatoren am schlechtesten abschnitt.

Man sollte aus der Tatsache, dass auch paradoxe Fälle in der Realität vorkommen, freilich nicht folgern, hohe Finanzhilfen seien wachstumsfördernd und Theorien, die das Gegenteil postulieren, seien widerlegt.⁵ Überlegungen, wonach die Subventionspolitik das Wachstum lähmt, schließen den Einfluss anderer Faktoren nicht aus. Der negative Zusammenhang zwischen der Höhe der Subventionen und der Wachstumsrate wird nur *ceteris paribus* postuliert. Neben den Subventionen wirken wohl diverse Faktoren auf das Wirtschaftswachstum ein. Wenn ein Land trotz relativ hoher (niedriger) Subventionen überdurchschnittlich (unterdurchschnittlich) wächst, so ist die Dominanz anderer Faktoren zu vermuten.

Einer Panelanalyse für den Zeitraum 1991–1998 zufolge (Berthold, Drew, Thode 2001) sind „die Wachstumsraten um so höher, je mehr die staatlichen Ausgaben investiv verwendet werden ..., je höher der Anteil der Erwerbstätigen an den Selbstständigen ist ..., je mehr Individuen eines Altersjahrgangs einen Abschluss an einer Hochschule und Fachhochschule erwerben ... sowie je höher die Ausgaben für Hochschulen ausfallen und je größer die privaten Investitionen ausfallen ... Demgegenüber wirken sich höhere Personalausgaben der Verwaltung, höhere Leistungen im horizontalen Finanzausgleich und höhere vertikale Leistungen des Bundes an die Länder negativ auf das wirtschaftliche Wachstum aus“ (ebenda. 10). Eine Untersuchung, die neben diesen Faktoren die Finanzhilfen einbezieht, liegt bislang nicht vor.

Zu erwähnen ist in diesem Kontext, dass die Finanzverfassung den Ländern mit dem höchsten Wirtschaftswachstum Anreize gibt, zusätzliche Steuereinnahmen in zusätzliche Finanzhilfen umzusetzen, weil die Option versperrt ist, kompensatorisch die Steuersätze zu senken. Insoweit ist es zum Teil systembe-

⁵ Zum Einfluss der Staatsausgaben insgesamt sowie einzelner Ausgabekategorien auf das wirtschaftliche Wachstum vgl. z.B. Heitger (1998).

dingt, wenn Baden-Württemberg und Bayern als Finanzhilfe„sünder“ erscheinen.

5 Abschließende Bemerkungen

Gemessen am Finanzhilfenvolumen, das im Ausgangsjahr 2000 erreicht war, sind auf Länder- und Gemeindeebene gewisse Erfolge beim Finanzhilfeabbau zu diagnostizieren. In Relation zum BIP sind die Finanzhilfen seither um rund einen halben Prozentpunkt reduziert worden. Angesichts des tiefgreifenden demographischen Wandels und seiner Anforderungen an die öffentlichen Haushalte ist eine zügige Kürzung angesagt.

Dazu muss eine echte Föderalismusreform auf die politische Agenda gesetzt werden. Die Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 hat kaum Änderungen gebracht, die die Finanzhilfen betreffen. Die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung des regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind beibehalten worden, „obwohl gerade diese sich ganz überwiegend nicht durch die Existenz externer Effekte rechtfertigen lassen“ (Sachverständigenrat 2006: 341). Zum 1.1. 2007 sind zwar die an die Länder gezahlten Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an die Gemeinden und für die soziale Wohnraumförderung eingestellt worden, allerdings werden bis zum Jahr 2019 zweckgebundene Kompensationszahlungen geleistet, so dass sich de facto wenig ändert.

Man kann also nach wie vor von „Vollzugsföderalismus“ (Blankart 2006) sprechen, in dem die Autonomie der Länder und Gemeinden in der Subventionspolitik beeinträchtigt ist, weil durch die finanziellen Verflechtungen mit dem Bund und der EU Anreize für Mitnahmeeffekte bei den offerierten Finanzhilfeprogrammen gesetzt werden oder weil Mischfinanzierungen vorgeschrieben sind. Dort, wo Kürzungsmöglichkeiten bestehen, können die potentiellen Ersparnisse nicht in niedrigere Steuern für die Region umgesetzt werden, weil das Steuerwesen weitgehend zentralistisch strukturiert ist. Auch bestehen kaum Anreize, die vorhandenen Autonomiespielräume finanzhilfesenkend zu nutzen: Denn wenn Schuldenabbau zu Zuwanderungen und somit zu zusätzlichen Steu-

ereinnahmen führt, muss der Löwenanteil an die regionale Umverteilungskasse abgeführt werden.

Da das bestehende System echtem Wettbewerb zwischen den Regionen im Wege steht und letztlich die Entwicklung moderner Produktionsstrukturen behindert, sollten die Länder und Gemeinden in die Finanzautonomie entlassen werden. Sie wären in diesem Konzept in der Steuer- und Ausgabenpolitik weitgehend unabhängig von zentralstaatlichen Normen, und sie stünden untereinander im Wettbewerb um die beste Finanzpolitik. Wettbewerbsföderalismus würde Subventionsabbau und Steuersenkungen erzwingen.

Schon durch mehr Transparenz in der Subventionspolitik der Länder und Gemeinden wäre etwas gewonnen, zumal die Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik über diese Thematik nur wenig weiß, insbesondere was den interregionalen Vergleich anlangt. Bund und Länder sollten sich auf eine für alle verbindliche Finanzhilfedefinition einigen und die vereinheitlichten Finanzberichte der Länder im Internet veröffentlichen. Die Offenlegung und die interregionale Vergleichbarkeit würden wohl disziplinierend auf die Politik wirken.

6 Literaturverzeichnis

- Berthold, N., S. Drews und E. Thode (2001). *Die föderale Ordnung in Deutschland – Motor oder Bremse des wirtschaftlichen Wachstums*. Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik. Nr. 42. Würzburg.
- Blankart, C.B. (2006). *Öffentliche Finanzen in der Demokratie. Eine Einführung in die Finanzwissenschaft*. München.
- Boss, A. und A. Rosenschon (2006). Subventionen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Kieler Arbeitspapiere 1267. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (2003). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2001-2004 (19. Subventionsbericht)*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (2007). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2005-2008 (21. Subventionsbericht)*. Berlin.

- Bundeswaldgesetz. Abgerufen am 27. November 2007 via Internet: <http://bundesrecht.juris.de/bwaldg/_1.html>
- Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg (2007). Subventionsbericht. Abgerufen am 11. Oktober 2007 via Internet <<http://www.fm.baden-wuerttemberg.de/de/Subventionsbericht/110301.html>>.
- Finanzministerium des Landes Niedersachsen (2007). Subventionsbericht. Abgerufen am 11. Oktober 2007 via Internet <http://www.mf.niedersachsen.de/master/C25204_N10438_L20_D0_I617.html>.
- Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2005). Zweiter Förderbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <<http://www.fm.nrw.de/cgi-bin/fm/custom/pub/visit.cgi?lang=1&ticket=guest&oid=11>>.
- Finanzministerium des Saarlandes (2007). Abgerufen am 11. Oktober via Internet <<http://www.saarland.de/29756.htm>>.
- Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt (2004). Abgerufen am 11. Oktober via Internet <<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=3810>>.
- Finanzministerium des Landes Thüringen (2007). Abgerufen am 11. Oktober via Internet <<http://www.thueringen.de/de/tfm/haushalt/subventionsbericht/>>.
- Haushaltspläne der Bundesländer für die Jahre 2000 bis 2007/2008.* Verschiedene Orte.
- Haushaltsrechnungen der Bundesländer für die Jahre 2000 bis 2007/2008.* Verschiedene Orte.
- Hessisches Ministerium der Finanzen. Der Produkthaushalt. Abgerufen am 12. November 2007 via Internet <http://www.hmdf.hessen.de/irj/HMdf_Internet?cid=a419c7ccbf72d65f91199edca7454e9e>.
- Heitger, B. (1998). *Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer Rückführung öffentlicher Ausgaben: eine empirische Analyse für die OECD-Länder.* Kieler Studien 291. Tübingen.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2007). *Vorlage 15/1417 vom 11.7.2007. Bericht der Landesregierung über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008.* Mainz.
- Rosenschon, A. (2005). Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000–2004: Eine empirische Analyse. Kieler Diskussionsbeiträge 422. Institut für Weltwirtschaft. Kiel.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2006). *Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen.* Jahresgutachten 2006/07. Wiesbaden.

- Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin (2007). Finanzhilfenbericht. Abgerufen am 11. Oktober via Internet <http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/finanzen/haushalt/finanzhilfenbericht_2005_2007.pdf>.
- Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Hamburg (2007). Zuwendungsbericht. Abgerufen am 11. Oktober 2007 via Internet <<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/finanzbehoerde/haushalt/zuwendungsberichte/start.html>>.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Abgerufen am 23. November 2007 via Internet <<http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis%5FVGR/>>.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.) *Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 3.3: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte*. Stuttgart. (Hierbei ist die weitere Differenzierung der Aufgabenbereichsgliederung vom Statistischen Bundesamt auf Anfrage zur Verfügung gestellt worden.)

Anhang

Tabelle A1:

Finanzhilfen in Baden-Württemberg (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2008 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>I</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	2 911 195	2 625 263	2 503 739	2 689 304	2 344 292	2 360 015
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	481 842	464 888	428 402	439 446	315 252	310 999
Bergbau	0	0	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	0	0	0
Verkehr	1 168 610	1 385 057	1 243 203	1 390 130	1 355 139	1 378 933
Wohnungsvermietung	326 546	108 808	165 516	205 985	40 200	43 700
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0	0
Wasser- und -entsorgung, Abfall	433 738	184 000	198 220	159 795	157 277	155 199
Fremdenverkehr, Bäder	177 229	213 360	203 413	215 502	205 774	207 075
Sonstige Sektoren	323 230	269 150	264 986	278 446	270 649	264 110
<i>Nachrichtlich:</i>						
Wohngeld	241 558	392 431	113 202	221 000	125 000	125 000
<i>II</i>						
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	165 540	127 845	149 967	139 040	271 785	268 885
Regionalpolitik, Strukturpolitik	78 718	29 658	24 267	12 666	114 113	110 413
Umwelt, rationelle Energieverwendung	5 337	4 341	5 763	7 425	9 052	7 052
Beschäftigungspolitik	19 543	37 831	50 105	51 485	65 396	67 396
Förderung von Qualifikation	17 403	45 337	57 424	59 504	60 184	58 684
Förderung von Innovationen etc.	10 913	5 656	4 874	5 825	22 165	24 465
Mittelstandsförderung	9 439	2 153	1 581	145	145	145
Investitionsförderung	2 549	-913	177	890	730	730
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	21 638	3 782	5 776	1 100	0	0
<i>III</i>						
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	3 076 735	2 753 108	2 653 706	2 828 344	2 616 077	2 628 900
<i>IV</i>						
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	4 071 886	4 417 468	4 296 239	4 519 190	4 325 045	4 358 666
Krankenhäuser	532 224	543 955	484 283	538 183	531 670	541 647
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 264 715	1 443 781	1 412 871	1 471 256	1 413 805	1 420 522
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	672 302	733 871	720 492	749 574	714 597	718 355
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	114 813	112 857	113 530	118 077	115 030	116 449
Pflegeeinrichtungen	53 840	55 749	62 454	58 787	49 147	49 247
Sport, Freizeit	992 309	1 026 746	992 061	1 045 310	989 234	998 103
Sonstige Empfänger	441 683	500 509	510 547	538 004	511 562	514 343
<i>V</i>						
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	7 148 621	7 170 576	6 949 945	7 347 534	6 941 122	6 987 566
<i>I + IV</i>						
<i>Nachrichtlich:</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	6 983 081	7 042 731	6 799 978	7 208 494	6 669 337	6 718 681

Quelle: Haushaltspläne des Landes Baden-Württemberg (div. Jgg.).

Tabelle A2:
 Finanzhilfen in Bayern (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren
 2000 und 2004 bis 2008 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>I</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	3 344 778	3 077 507	3 011 591	3 197 978	3 176 985	3 138 391
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	690 516	583 327	557 059	594 727	645 819	629 602
Bergbau	0	0	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	0	0	0
Verkehr	1 252 565	1 487 857	1 509 472	1 512 678	1 486 614	1 478 456
Wohnungsvermietung	127 042	103 689	79 457	151 892	82 560	74 450
Luft- und Raumfahrtzeugbau	615	3 511	3 487	3 780	3 780	3 780
Wasser- und -entsorgung, Abfall	770 640	397 097	366 185	391 838	422 434	416 903
Fremdenverkehr, Bäder	182 400	226 483	223 526	235 803	231 735	229 314
Sonstige Sektoren	321 000	275 543	272 405	307 260	304 043	305 886
<i>Nachrichtlich:</i>						
Wohngeld	235 911	405 045	108 819	130 000	105 000	0
<i>II</i>						
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	568 928	438 997	386 630	356 503	371 425	352 698
Regionalpolitik, Strukturpolitik	232 544	266 415	221 868	197 659	207 525	188 695
Umwelt, rationelle Energieverwendung	3 314	3 107	3 008	3 511	2 111	2 111
Beschäftigungspolitik	32 958	53 481	50 039	49 011	50 561	51 009
Förderung von Qualifikation	17 970	42 020	43 872	27 348	27 204	27 104
Förderung von Innovationen etc.	48 796	21 225	21 570	22 489	21 924	22 079
Mittelstandsförderung	43 130	26 235	21 256	26 454	27 624	27 624
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	190 216	26 514	25 017	30 031	34 476	34 076
<i>III</i>						
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	3 913 706	3 516 504	3 398 221	3 554 481	3 548 410	3 491 089
<i>IV</i>						
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	4 208 779	4 360 320	4 264 869	4 606 522	4 493 913	4 454 098
Krankenhäuser	1 146 669	986 213	926 755	964 571	943 450	943 124
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 179 145	1 392 170	1 380 813	1 552 405	1 481 003	1 456 301
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	699 999	656 421	654 797	715 746	714 121	714 169
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	119 921	136 715	137 314	147 285	144 275	145 894
Pflegeeinrichtungen	7 696	3 460	2 164	3 074	4 307	4 307
Sport, Freizeit	712 153	734 323	720 258	754 372	740 471	732 137
Sonstige Empfänger	343 196	451 018	442 767	469 069	466 287	458 166
<i>V</i>						
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	8 122 485	7 876 824	7 663 089	8 161 003	8 042 323	7 945 187
<i>I + IV</i>						
<i>Nachrichtlich:</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	7 553 557	7 437 827	7 276 459	7 804 500	7 670 898	7 592 489

Quelle: Haushaltspläne des Landes Bayern (div. Jgg.).

Tabelle A3:

Finanzhilfen in Hessen (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004
<i>I</i>		
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 564 291	1 321 715
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	96 630	93 673
Bergbau	0	0
Schiffbau	0	0
Verkehr	735 212	787 704
Wohnungsvermietung	170 889	15 765
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	261 021	182 853
Fremdenverkehr, Bäder	102 935	106 157
Sonstige Sektoren	197 604	135 563
<i>Nachrichtlich:</i>		
Wohngeld	245 307	
<i>II</i>		
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	139 472	162 806
Regionalpolitik, Strukturpolitik	41 699	48 874
Umwelt, rationelle Energieverwendung	44 102	48 402
Beschäftigungspolitik	24 355	30 163
Förderung von Qualifikation	23 407	25 476
Förderung von Innovationen etc.	2 730	7 383
Mittelstandsförderung	1 126	1 444
Investitionsförderung	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	2 053	1 064
<i>III</i>		
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	1 703 763	1 484 521
<i>IV</i>		
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	2 186 085	2 640 096
Krankenhäuser	349 722	535 933
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	693 187	839 676
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	352 581	434 683
Staatsforsten	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	50 211	53 472
Pflegeeinrichtungen	16 761	13 601
Sport, Freizeit	433 370	422 683
Sonstige Empfänger	290 253	340 048
<i>V</i>		
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	3 889 848	4 124 617
<i>I + IV</i>		
<i>Nachrichtlich:</i>		
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	3 750 376	3 961 811

Quelle: Haushaltspläne des Landes Hessen (div. Jgg.).

Tabelle A4:
Finanzhilfen in Niedersachsen (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 602 843	1 406 157	1 486 982	1 514 099	1 527 989
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	177 797	191 143	275 541	210 712	297 974
Bergbau	0	0	0	0	0
Schiffbau	29 963	16 180	8 818	6 300	4 200
Verkehr	835 873	788 031	813 601	819 822	754 856
Wohnungsvermietung	113 357	73 125	49 005	91 445	95 892
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	122 601	19 853	20 461	22 317	22 933
Fremdenverkehr, Bäder	179 974	174 414	178 761	192 245	197 394
Sonstige Sektoren	143 278	143 411	140 795	171 258	154 739
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	346 917	546 396	138 062	200 000	14 000
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	239 873	263 655	267 837	290 440	418 032
Regionalpolitik, Strukturpolitik	75 979	136 856	151 419	135 794	239 602
Umwelt, rationelle Energieverwendung	26 645	6 149	5 978	14 579	30 834
Beschäftigungspolitik	74 793	76 544	71 278	102 395	103 075
Förderung von Qualifikation	1 030	13 825	11 460	11 092	11 400
Förderung von Innovationen etc.	28 271	24 698	21 325	22 952	29 493
Mittelstandsförderung	4 337	3 599	5 843	2 649	2 649
Investitionsförderung	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	28 818	1 984	534	979	979
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	1 842 716	1 669 812	1 754 819	1 804 539	1 946 021
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	2 454 331	2 190 111	2 209 786	2 386 616	2 437 131
Krankenhäuser	388 669	299 416	304 271	330 258	354 657
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	907 275	825 200	809 091	902 789	894 251
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	328 608	369 408	374 486	375 564	395 620
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	37 798	39 786	42 107	39 115	40 538
Pflegeeinrichtungen	145 919	44 452	38 238	39 970	42 951
Sport, Freizeit	437 860	403 710	407 577	438 233	453 965
Sonstige Empfänger	208 202	208 139	234 016	260 687	255 149
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	4 297 047	3 859 923	3 964 605	4 191 155	4 383 151
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	4 057 174	3 596 268	3 696 768	3 900 715	3 965 119

Quelle: Haushaltspläne des Landes Niedersachsen (div. Jgg.).

Tabelle A5:
 Finanzhilfen in Nordrhein-Westfalen (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen
 in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	4 064 694	3 510 113	3 358 759	3 600 115	3 265 642
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	162 644	185 934	190 219	228 766	202 039
Bergbau	674 627	562 132	563 942	641 917	632 017
Schiffbau	0	0	0	0	0
Verkehr	1 900 879	1 832 793	1 831 863	1 914 975	1 678 632
Wohnungsvermietung	541 472	365 588	268 920	277 846	239 474
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	305 071	12 012	4 438	11 423	6 900
Fremdenverkehr, Bäder	171 193	161 682	164 371	167 778	161 920
Sonstige Sektoren	308 808	389 972	335 007	357 410	344 660
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	862 303	1 442 973	465 248	439 808	379 898
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	874 485	600 107	721 503	661 619	731 322
Regionalpolitik, Strukturpolitik	413 297	101 467	76 564	125 301	210 996
Umwelt, rationelle Energieverwendung	66 260	38 262	32 715	23 216	13 670
Beschäftigungspolitik	235 155	350 280	512 533	414 943	397 030
Förderung von Qualifikation	40 586	43 615	42 068	35 276	53 332
Förderung von Innovationen etc.	60 467	38 556	31 704	33 798	29 840
Mittelstandsförderung	16 922	9 795	8 105	12 853	10 950
Investitionsförderung	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	41 798	18 132	17 814	16 232	15 504
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	4 939 179	4 110 220	4 080 262	4 261 734	3 996 964
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	5 212 620	5 540 967	5 606 083	5 618 242	5 514 030
Krankenhäuser	804 182	796 557	824 169	788 273	824 330
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	2 022 528	2 204 248	2 264 866	2 256 128	2 154 142
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	803 751	845 538	854 294	876 611	880 835
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	29 006	32 902	32 836	38 091	35 377
Pflegeeinrichtungen	38 193	4 421	4 242	3 537	3 537
Sport, Freizeit	1 051 148	1 159 089	1 158 640	1 181 105	1 155 744
Sonstige Empfänger	463 812	498 212	467 036	474 497	460 065
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	10 151 799	9 651 187	9 686 345	9 879 976	9 510 993
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	9 277 314	9 051 080	8 964 842	9 218 357	8 779 671

Quelle: Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen (div. Jgg.).

Tabelle A6:
 Finanzhilfen in Rheinland-Pfalz (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2008 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>I</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	779 106	740 413	686 077	741 698	729 083	730 051
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	157 545	116 810	119 749	125 896	112 627	112 336
Bergbau	0	0	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	0	0	0
Verkehr	404 102	430 988	404 668	421 100	411 779	412 183
Wohnungsvermietung	86 073	80 646	52 192	65 146	66 436	66 436
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0	0
Wasser- und -entsorgung, Abfall	13 096	10 721	9 130	9 609	9 945	9 990
Fremdenverkehr, Bäder	75 678	57 724	57 184	63 717	72 788	73 197
Sonstige Sektoren	42 612	43 524	43 153	56 231	55 508	55 908
<i>Nachrichtlich:</i>						
Wohngeld	118 046	179 352	52 364	42 000	42 000	42 000
<i>II</i>						
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	194 743	130 129	104 207	119 488	146 257	145 298
Regionalpolitik, Strukturpolitik	52 580	32 068	39 418	49 469	70 666	70 288
Umwelt, rationelle Energieverwendung	5 547	10 203	4 815	2 038	4 908	4 788
Beschäftigungspolitik	65 681	53 815	32 680	38 533	38 382	38 382
Förderung von Qualifikation	12 916	12 214	10 439	12 660	12 883	12 883
Förderung von Innovationen etc.	16 951	3 871	8 509	9 925	10 309	9 946
Mittelstandsförderung	21 598	6 721	6 922	5 561	7 880	7 782
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	19 470	11 237	1 424	1 302	1 229	1 229
<i>III</i>						
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	973 849	870 542	790 284	861 186	875 340	875 349
<i>IV</i>						
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	1 195 623	1 312 259	1 336 653	1 334 039	1 490 934	1 507 367
Krankenhäuser	163 430	135 899	137 561	136 553	137 737	136 913
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	456 446	532 812	535 338	548 934	619 575	639 185
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	153 278	165 560	156 077	169 974	178 181	179 203
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	45 469	46 491	46 472	47 006	49 645	50 363
Pflegeeinrichtungen	0	0	0	0	0	0
Sport, Freizeit	213 800	228 317	233 892	218 630	252 199	245 492
Sonstige Empfänger	163 200	203 180	227 314	212 941	253 596	256 211
<i>V</i>						
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	2 169 472	2 182 801	2 126 937	2 195 225	2 366 274	2 382 716
<i>I + IV</i>						
<i>Nachrichtlich:</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	1 974 729	2 052 672	2 022 730	2 075 737	2 220 017	2 237 418

Quelle: Haushaltspläne des Landes Rheinland-Pfalz (div. Jgg.).

Tabelle A7:
Finanzhilfen im Saarland (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	196 238	197 394	240 582	246 247	231 234
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17 544	19 355	21 586	20 802	16 654
Bergbau	13 060	9 539	10 679	11 600	11 800
Schiffbau	0	0	0	0	0
Verkehr	79 016	90 975	134 274	140 511	129 483
Wohnungsvermietung	27 584	14 586	10 955	11 475	14 806
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	12 555	8 765	2 076	2 330	1 966
Fremdenverkehr, Bäder	21 690	23 485	20 504	23 965	23 263
Sonstige Sektoren	24 788	30 689	40 509	35 564	33 263
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	53 368	63 605	15 101	13 909	0
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	95 053	72 170	80 762	125 622	69 324
Regionalpolitik, Strukturpolitik	60 121	55 583	42 019	57 568	34 990
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1 604	440	452	830	1 830
Beschäftigungspolitik	19 792	132	26 786	50 298	16 719
Förderung von Qualifikation	6 167	8 922	7 456	9 929	10 248
Förderung von Innovationen etc.	1 883	0	0	0	0
Mittelstandsförderung	4 158	5 098	2 118	4 877	3 533
Investitionsförderung	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	1 328	1 995	1 931	2 120	2 004
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	291 291	269 564	321 344	371 869	300 558
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	327 196	337 539	373 003	390 466	351 820
Krankenhäuser	48 749	47 683	54 443	43 598	47 550
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	102 470	116 177	128 939	137 320	121 478
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	47 203	44 158	44 824	48 845	47 120
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	917	1 348	1 376	2 177	1 398
Pflegeeinrichtungen	8 368	1 400	0	0	0
Sport, Freizeit	78 830	85 844	97 555	107 119	91 179
Sonstige Empfänger	40 658	40 929	45 867	51 408	43 095
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	618 486	607 103	694 347	762 335	652 379
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	523 434	534 933	613 585	636 713	583 055

Quelle: Haushaltspläne des Saarlandes (div. Jgg.).

Tabelle A8:
 Finanzhilfen in Schleswig-Holstein (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen
 in den Jahren 2000 und 2004 bis 2008 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>I</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	556 422	566 641	575 831	610 012	636 783	618 763
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48 069	54 110	82 857	92 192	69 902	73 393
Bergbau	0	0	0	0	0	0
Schiffbau	18 497	31 673	7 855	12 500	10 600	5 500
Verkehr	269 965	291 846	302 212	298 919	289 500	289 492
Wohnungsvermietung	36 075	15 129	21 095	25 365	30 264	31 777
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	82 030	66 389	58 311	62 765	65 472	62 719
Fremdenverkehr, Bäder	55 721	66 650	64 690	70 550	73 857	70 282
Sonstige Sektoren	46 065	40 844	38 812	47 721	97 188	85 601
<i>Nachrichtlich:</i>						
Wohngeld	143 994	228 665	57 154	62 000	58 000	58 500
<i>II</i>						
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	69 489	83 497	78 213	92 044	107 332	90 369
Regionalpolitik, Strukturpolitik	18 163	33 542	35 682	17 694	12 612	15 700
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1 887	3 184	3 562	4 199	6 382	4 957
Beschäftigungspolitik	22 428	23 217	20 459	41 367	64 214	46 128
Förderung von Qualifikation	9 912	13 905	10 174	12 156	11 112	11 437
Förderung von Innovationen etc.	10 218	5 116	5 412	11 423	8 062	6 947
Mittelstandsförderung	1 278	1 634	388	1 745	1 480	1 760
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	5 603	2 899	2 536	3 460	3 470	3 440
<i>III</i>						
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	625 911	650 138	654 044	702 056	744 115	709 132
<i>IV</i>						
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	735 939	745 592	711 481	755 842	779 912	761 996
Krankenhäuser	158 178	121 783	106 400	113 385	116 982	120 826
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	234 683	275 002	268 403	283 389	293 165	283 104
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	111 384	111 374	104 603	110 666	113 982	110 501
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11 643	13 496	13 535	14 273	13 880	13 769
Pflegeeinrichtungen	16 849	18 461	18 737	20 291	19 913	20 564
Sport, Freizeit	132 053	132 803	128 793	139 701	145 547	139 538
Sonstige Empfänger	71 148	72 673	71 009	74 136	76 443	73 694
<i>V</i>						
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	1 361 850	1 395 730	1 365 526	1 457 898	1 524 026	1 471 128
<i>I + IV</i>						
<i>Nachrichtlich:</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	1 292 361	1 312 233	1 287 313	1 365 854	1 416 694	1 380 759

Quelle: Haushaltspläne des Landes Schleswig-Holstein (div. Jgg.).

Tabelle A9:
 Finanzhilfen in Brandenburg (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 378 492	1 399 998	1 324 529	1 476 496	1 438 783
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	136 503	175 384	168 394	260 555	248 228
Bergbau	64 679	49 159	40 769	48 800	49 000
Schiffbau	0	0	0	0	0
Verkehr	514 550	525 902	487 447	527 369	510 446
Wohnungsvermietung	459 821	454 824	450 661	433 471	422 143
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	42 550	26 657	35 405	36 475	38 311
Fremdenverkehr, Bäder	70 842	51 220	45 812	50 035	51 096
Sonstige Sektoren	89 547	116 852	96 040	119 791	119 559
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	124 670	166 979	45 707	100 000	60 000
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	583 225	426 925	370 495	433 574	459 033
Regionalpolitik, Strukturpolitik	329 568	250 716	225 865	248 645	247 804
Umwelt, rationelle Energieverwendung	6 420	4 176	2 628	5 025	5 305
Beschäftigungspolitik	187 094	119 304	103 872	145 750	136 507
Förderung von Qualifikation	28 771	19 690	18 289	4 194	4 195
Förderung von Innovationen etc.	8 276	14 059	7 564	15 809	58 148
Mittelstandsförderung	5 150	5 759	5 951	6 556	1 033
Investitionsförderung	5 005	10 322	5 239	4 293	5 759
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	12 941	2 899	1 087	3 302	282
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	1 961 717	1 826 923	1 695 024	1 910 070	1 897 816
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	1 044 492	1 079 046	898 381	937 422	939 941
Krankenhäuser	183 834	127 868	117 252	120 355	114 606
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	436 318	418 588	389 187	414 822	428 023
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	165 255	145 425	128 131	134 974	135 078
Staatsforsten	0	50 596	37 100	40 705	35 258
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	71 336	139 156	57 379	42 000	41 000
Sport, Freizeit	138 129	124 340	98 906	104 597	104 794
Sonstige Empfänger	49 620	73 073	70 426	79 969	81 182
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	3 006 209	2 905 969	2 593 405	2 847 492	2 837 757
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	2 422 984	2 479 044	2 222 910	2 413 918	2 378 724

Quelle: Haushaltspläne des Landes Brandenburg (div. Jgg.).

Tabelle A10:
 Finanzhilfen in Mecklenburg-Vorpommern (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	753 703	802 245	816 958	724 103	698 928
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	179 872	254 824	262 078	194 741	205 816
Bergbau	0	0	0	0	0
Schiffbau	3 684	20 424	25 000	21 250	6 500
Verkehr	281 258	249 446	248 848	252 304	255 870
Wohnungsvermietung	159 790	100 068	114 254	109 739	95 285
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasser- und -entsorgung, Abfall	37 539	45 149	48 534	38 030	32 277
Fremdenverkehr, Bäder	40 404	35 726	34 324	33 070	40 889
Sonstige Sektoren	51 156	96 608	83 920	74 969	62 291
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	116 425	156 843	75 000	49 200	51 200
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	532 194	385 358	375 783	409 331	364 007
Regionalpolitik, Strukturpolitik	303 833	208 110	181 275	196 883	177 836
Umwelt, rationelle Energieverwendung	19 399	891	698	318	25
Beschäftigungspolitik	137 415	106 810	110 522	135 578	104 709
Förderung von Qualifikation	50 074	41 332	51 862	50 964	46 916
Förderung von Innovationen etc.	274	947	11 155	6 922	21 631
Mittelstandsförderung	4 136	0	0	0	0
Investitionsförderung	10 226	10 537	10 537	10 311	10 000
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	6 837	16 731	9 734	8 355	2 890
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	1 285 897	1 187 603	1 192 741	1 133 434	1 062 935
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	638 877	619 712	585 322	573 518	554 945
Krankenhäuser	145 441	125 622	86 527	92 135	89 443
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	187 924	192 526	201 395	193 425	188 168
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	152 570	134 544	133 744	131 647	127 844
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	7 097	4 130	3 688	2 080	2 080
Sport, Freizeit	91 490	91 243	89 605	84 331	80 884
Sonstige Empfänger	54 355	71 647	70 362	69 900	66 525
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	1 924 774	1 807 315	1 778 063	1 706 952	1 617 880
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	1 392 580	1 421 957	1 402 280	1 297 621	1 253 873

Quelle: Haushaltspläne des Landes Mecklenburg-Vorpommern (div. Jgg.).

Tabelle A11:
 Finanzhilfen in Sachsen-Anhalt (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in
 den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 112 509	1 151 737	1 172 960	1 087 259	1 011 141
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	127 183	191 919	171 709	166 650	137 939
Bergbau	34 768	16 616	16 322	20 150	16 635
Schiffbau	0	0	0	0	0
Verkehr	477 208	467 978	452 573	446 771	443 228
Wohnungsvermietung	234 104	233 669	218 594	181 737	182 105
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	84 308	85 221	138 273	136 803	96 290
Fremdenverkehr, Bäder	53 630	41 824	41 045	41 107	40 221
Sonstige Sektoren	101 308	114 510	134 444	94 040	94 722
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	155 175	176 744	44 089	46 047	42 400
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	779 153	671 561	541 034	598 306	616 014
Regionalpolitik, Strukturpolitik	456 820	344 393	274 162	295 928	302 159
Umwelt, rationelle Energieverwendung	86 612	120 926	87 689	94 828	74 902
Beschäftigungspolitik	59 027	11 719	6 171	9 494	15 356
Förderung von Qualifikation	153 682	185 464	157 596	181 732	182 584
Förderung von Innovationen etc.	13 752	3 316	6 532	8 150	29 300
Mittelstandsförderung	9 042	3 526	5 558	5 124	6 404
Investitionsförderung	0	597	425	425	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	218	1 620	2 901	2 625	5 309
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	1 891 662	1 823 298	1 713 994	1 685 565	1 627 155
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	1 196 940	1 065 627	997 266	1 012 318	960 643
Krankenhäuser	203 509	195 946	208 712	215 769	171 617
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	427 244	379 288	363 654	362 574	361 300
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	210 565	214 208	200 985	221 367	218 405
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0	159	161	161	161
Pflegeeinrichtungen	101 759	51 873	13 354	1 000	0
Sport, Freizeit	167 744	151 046	139 163	139 670	138 045
Sonstige Empfänger	86 119	73 107	71 238	71 777	71 115
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	3 088 602	2 888 925	2 711 260	2 697 884	2 587 798
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	2 309 449	2 217 364	2 170 226	2 099 578	1 971 784

Quelle: Haushaltspläne des Landes Sachsen-Anhalt (div. Jgg.).

Table A12:
 Finanzhilfen in Sachsen (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren
 2000 und 2004 bis 2008 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>I</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	2 263 226	2 020 459	1 666 386	1 677 041	1 676 927	1 446 878
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	200 292	229 921	172 044	228 524	248 658	224 729
Bergbau	67 139	43 683	41 906	49 670	47 570	24 600
Schiffbau	0	0	0	0	0	0
Verkehr	697 029	748 828	695 413	644 785	693 955	673 222
Wohnungsvermietung	948 125	581 031	429 772	397 767	345 375	279 721
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	95 585	162 798	156 801	190 355	140 964	61 716
Fremdenverkehr, Bäder	73 672	50 916	42 610	42 949	48 908	41 410
Sonstige Sektoren	181 384	203 282	127 840	122 992	151 497	141 481
<i>Nachrichtlich:</i>						
Wohngeld	258 571	334 709	114 932	220 000	170 000	170 000
<i>II</i>						
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 074 950	745 032	747 997	687 058	1 024 013	714 290
Regionalpolitik, Strukturpolitik	667 711	432 823	493 351	382 994	486 024	335 405
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	43 964	38 494	26 469	32 540	32 165
Beschäftigungspolitik	215 584	89 978	70 536	106 090	191 388	107 615
Förderung von Qualifikation	78 148	59 526	68 725	55 985	75 752	29 299
Förderung von Innovationen etc.	88 531	109 977	68 318	102 571	215 782	189 570
Mittelstandsförderung	23 248	8 053	7 822	12 197	19 013	16 722
Investitionsförderung	1 727	711	751	752	800	800
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	0	0	0	2 714	2 714
<i>III</i>						
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	3 338 176	2 765 491	2 414 383	2 364 099	2 700 940	2 161 168
<i>IV</i>						
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	1 500 321	1 648 023	1 529 117	1 562 554	1 802 362	1 559 688
Krankenhäuser	128 264	125 538	133 980	188 034	279 112	181 172
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	518 133	619 150	627 913	636 697	725 126	669 741
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	445 484	437 027	402 984	395 855	420 296	378 885
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	2 301	7 925	7 354	82	0	0
Pflegeeinrichtungen	0	79 007	21 038	0	0	0
Sport, Freizeit	289 262	274 831	239 704	240 401	271 136	232 539
Sonstige Empfänger	116 877	104 545	96 144	101 485	106 693	97 350
<i>V</i>						
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	4 838 497	4 413 514	3 943 500	3 926 653	4 503 302	3 720 857
<i>I + IV</i>						
<i>Nachrichtlich:</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	3 763 547	3 668 482	3 195 503	3 239 595	3 479 289	3 006 567

Quelle: Haushaltspläne des Landes Sachsen (div. Jgg.).

Tabelle A13:
 Finanzhilfen in Thüringen (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 174 918	1 120 063	1 069 199	1 070 721	1 057 412
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	118 933	182 121	198 895	189 051	193 248
Bergbau	508	661	650	650	258
Schiffbau	0	0	0	0	0
Verkehr	434 359	382 182	371 628	372 128	363 529
Wohnungsvermietung	293 219	172 325	154 325	151 822	141 278
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	138 700	147 118	131 689	142 606	150 762
Fremdenverkehr, Bäder	36 151	52 191	51 358	49 326	47 034
Sonstige Sektoren	153 049	183 465	160 655	165 137	161 303
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	113 226	142 349	62 710	60 000	60 000
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	719 257	547 502	536 839	513 874	387 870
Regionalpolitik, Strukturpolitik	373 818	286 146	288 164	275 031	223 031
Umwelt, rationelle Energieverwendung	21 194	20 372	14 392	20 015	19 914
Beschäftigungspolitik	204 720	192 810	182 059	176 606	88 348
Förderung von Qualifikation	35 132	14 376	15 614	15 073	14 622
Förderung von Innovationen etc.	61 750	15 664	15 886	10 482	18 349
Mittelstandsförderung	3 577	1 223	842	741	1 567
Investitionsförderung	15 496	6 765	8 750	5 750	8 150
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	3 570	10 146	11 132	10 176	13 889
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	1 894 174	1 667 565	1 606 038	1 584 595	1 445 282
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	986 662	909 117	814 268	765 792	717 006
Krankenhäuser	276 814	173 175	158 434	158 543	154 353
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	225 472	325 320	294 139	284 759	251 489
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	172 292	182 045	164 099	161 231	154 112
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	88 439	47 482	31 201	694	0
Sport, Freizeit	155 023	107 654	99 747	96 306	94 703
Sonstige Empfänger	68 622	73 441	66 647	64 259	62 349
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	2 880 836	2 576 682	2 420 306	2 350 386	2 162 287
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	2 161 580	2 029 180	1 883 467	1 836 512	1 774 417

Quelle: Haushaltspläne des Landes Thüringen (div. Jgg.).

Tabelle A14:
 Finanzhilfen in Berlin (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren
 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	2 381 157	2 116 207	2 412 886	2 018 097	1 793 687
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	596	2 829	1 168	421	299
Bergbau	0	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	0	0
Verkehr	937 960	900 723	905 055	842 309	807 712
Wohnungsvermietung	1 374 025	1 180 525	1 174 694	1 012 142	898 478
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	0	0	0	0	0
Fremdenverkehr, Bäder	2 563	0	0	0	0
Sonstige Sektoren	66 013	32 130	331 969	163 225	87 198
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	256 000	415 000	415 000	52 779	50 000
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	462 466	439 108	381 288	369 454	367 509
Regionalpolitik, Strukturpolitik	253 883	96 244	144 797	111 385	105 065
Umwelt, rationelle Energieverwendung	19 799	3 537	6 000	5 000	5 000
Beschäftigungspolitik	76 405	116 820	77 549	92 645	107 204
Förderung von Qualifikation	50 123	46 657	39 100	43 401	35 812
Förderung von Innovationen etc.	43 424	40 677	9 000	14 001	12 001
Mittelstandsförderung	5 178	22 959	6 852	1 911	1 911
Investitionsförderung	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	13 654	112 214	97 990	101 111	100 516
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	2 843 623	2 555 315	2 794 174	2 387 551	2 161 196
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	1 729 646	1 714 889	1 678 728	1 554 041	1 500 301
Krankenhäuser	202 398	184 840	166 608	144 930	127 277
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 006 762	1 047 349	1 071 475	983 905	980 000
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	390 091	361 746	340 151	331 920	320 619
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	37 812	42 228	0	0	0
Sport, Freizeit	88 977	76 408	98 177	89 654	69 008
Sonstige Empfänger	3 606	2 318	2 317	3 632	3 397
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	4 573 269	4 270 204	4 472 902	3 941 592	3 661 497
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	4 110 803	3 831 096	4 091 614	3 572 138	3 293 988

Quelle: Haushaltspläne des Stadtstaates Berlin (div. Jgg.).

Tabelle A15:

Finanzhilfen in Bremen (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2007 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	290 130	207 339	191 560	194 555	173 957
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 164	2 061	3 638	3 803	3 481
Bergbau	0	0	0	0	0
Schiffbau	13 638	6 777	0	811	719
Verkehr	71 006	121 287	100 434	100 235	94 225
Wohnungsvermietung	44 229	32 493	26 134	36 445	34 049
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	16 390	11 404	8 612	7 724	8 792
Fremdenverkehr, Bäder	6 800	4 282	8 506	6 590	5 813
Sonstige Sektoren	135 903	29 035	44 236	38 947	26 878
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	63 147	80 065	70 434	14 250	12 500
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	138 584	122 251	101 695	137 060	116 816
Regionalpolitik, Strukturpolitik	19 206	30 104	56 718	51 517	40 758
Umwelt, rationelle Energieverwendung	18 601	6 854	2 705	12 751	7 121
Beschäftigungspolitik	46 453	37 398	26 229	38 758	38 845
Förderung von Qualifikation	3 310	4 910	1 965	3 611	3 553
Förderung von Innovationen etc.	7 225	8 404	2 530	6 570	9 397
Mittelstandsförderung	8 218	3 910	0	1 657	1 655
Investitionsförderung	4 869	14	0	1 043	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	30 702	30 657	11 548	21 153	15 487
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	428 714	329 590	293 255	331 615	290 773
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	172 108	220 078	213 028	264 042	247 247
Krankenhäuser	35 824	31 034	36 608	30 587	29 727
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	33 954	42 881	40 596	87 472	87 842
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	77 613	91 210	81 269	92 957	91 607
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	406	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	7 450	8 194	9 282	7 240	4 334
Sport, Freizeit	14 226	43 249	44 285	40 292	24 324
Sonstige Empfänger	2 635	3 510	988	5 494	9 413
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	600 822	549 668	506 283	595 657	538 020
<i>I + IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	462 238	427 417	404 588	458 597	421 204

Quelle: Haushaltspläne des Stadtstaates Bremen (div. Jgg.).

Tabelle A16:
Finanzhilfen in Hamburg (ohne Grenzfälle) nach Sektoren und Subventionszielen in den Jahren 2000 und 2004 bis 2008 (1000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2004	Ist 2005	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>I</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	413 608	422 145	392 706	369 965	419 059	471 281
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 068	2 230	1 979	2 304	2 189	2 331
Bergbau	0	0	0	0	0	0
Schiffbau	8 472	11 181	9 257	0	1 500	500
Verkehr	201 789	204 851	234 522	209 846	225 747	229 912
Wohnungsvermietung	158 692	131 252	103 208	129 882	129 242	131 784
Luft- und Raumfahrtzeugbau	0	2 620	2 593	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	20 103	14 479	17 555	10 702	11 087	11 047
Fremdenverkehr, Bäder	0	0	0	0	0	0
Sonstige Sektoren	20 484	55 532	23 592	17 231	49 294	95 707
<i>Nachrichtlich:</i>						
Wohngeld	275 350	175 517	60 291	75 000	30 000	32 000
<i>II</i>						
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	164 484	125 641	119 109	113 512	91 856	86 358
Regionalpolitik, Strukturpolitik	0	2 091	1 909	534	534	534
Umwelt, rationelle Energieverwendung	5 241	6 588	6 548	7 126	5 559	6 060
Beschäftigungspolitik	123 888	81 923	65 218	62 725	36 050	36 050
Förderung von Qualifikation	20 265	19 123	23 017	21 093	20 200	18 003
Förderung von Innovationen etc.	672	235	87	261	1 685	785
Mittelstandsförderung	1 476	2 453	813	2 056	2 119	2 279
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	12 942	13 228	21 517	19 717	25 709	22 647
<i>III</i>						
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	578 092	547 786	511 815	483 477	510 915	557 639
<i>IV</i>						
<i>Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	621 066	667 756	867 478	801 195	877 539	872 825
Krankenhäuser	111 997	83 755	100 124	126 899	128 450	130 091
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	297 448	332 547	339 986	315 080	334 312	333 478
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	171 320	211 913	222 339	180 453	189 932	182 253
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	102	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	1 713	0	1 754	0	0	0
Sport, Freizeit	26 367	30 217	36 207	20 156	23 650	22 286
Sonstige Empfänger	12 119	9 324	167 068	158 607	201 195	204 717
<i>V</i>						
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	1 199 158	1 215 542	1 379 293	1 284 672	1 388 454	1 430 464
<i>I + IV</i>						
<i>Nachrichtlich:</i>						
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	1 034 674	1 089 901	1 260 184	1 171 160	1 296 598	1 344 106

Quelle: Haushaltspläne des Stadtstaates Hamburg (div. Jgg.).